

Stenographischer Bericht

2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 23. Jänner 1996

Inhalt:

Rede Landeshauptmann Dr. Josef Krainer (13).

Wahlen:

Wahl des Landeshauptmannes (13, 14).

Redner: Abg. Mag. Zitz (14), Abg. Dr. Brünner (14), Abg. Mag. Bleckmann (16), Abg. Dr. Flecker (17), Abg. Schützenhöfer (18).

Wahlvorgang (20).

Ansprache der neugewählten Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic (21).

Wahl der übrigen Regierungsmitglieder (27).

Wahlvorgänge (27, 32, 38, 39).

Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner Blazizek (27), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (32), Abg. Dr. Brünner (34), Abg. Dr. Wabl (35).

Wahl der Bundesräte (39).

Redner: Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (40).

Wahlvorgang (40).

Anträge (41).

Mitteilung (41).

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die zweite Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze. (Allgemeiner Beifall.)

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.05 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Da ich, wie bekannt, verfassungsgemäß auch nach den Wahlen vom 17. Dezember das Amt des Landeshauptmannes bis zum heutigen Tage zu führen hatte, möchte ich aus diesem Anlaß ein kurzes Wort auch an die Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag richten.

Schon am Sonntag hatte ich ja Gelegenheit, mich in meiner turnusmäßigen Radiorede als Landeshauptmann bei unseren Landsleuten zu verabschieden und auch sehr herzlich zu bedanken.

Hier in diesem Haus, in dem ich erstmals 1971 in die Landesregierung gewählt wurde, bin ich viermal zum

Landeshauptmann der Steiermark gewählt worden. Und ich sage Ihnen bei dieser Gelegenheit auch ganz offen, daß ich sehr dankbar dafür bin, daß ich diesem Land und vor allem seinen Menschen in diesen Verantwortungen in Wahrheit ein Vierteljahrhundert lang dienen durfte. Der unmittelbare Kontakt mit den Menschen unserer grünen Mark, sozusagen die Hand und das Ohr am Puls des Volkes zu haben und erfreulicherweise auch immer wieder helfen zu können, zugleich aber auch in Österreich und im internationalen Umfeld mitzugestalten, macht diese Aufgabe besonders faszinierend.

Auch habe ich gemeinsam mit vielen anderen den großen Strukturwandel und auch den Zeitenbruch der letzten 25 Jahre mitgestalten können. Mein politisches Grundanliegen – und das möchte ich heute auch hier noch einmal aussprechen – war in erster Linie die Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Interesse unseres Landes und seiner Menschen, ohne jede Ausgrenzung. Und dieses Wollen der Gemeinsamkeit, auch wenn es nicht selten beim Wollen geblieben ist, der Wille also zu Toleranz, zu Ökumene und zum Dialog über geistige, religiöse und geographische Grenzen hinweg zu erhalten und zu pflegen, das ist in unserem demokratischen System, nach meiner Überzeugung, das eigentliche Prinzip. Hoffnung – bei allem Verständnis für kontroversielle, auch notwendige ideologisch-politische Positionierungen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Geiste gilt es heute, die Stafette weiterzugeben. Als Steirer bin ich sehr stolz darauf, daß unsere Heimat mit Waltraud Klasnic von heute an das erste Bundesland sein wird, das eine Frau an die Spitze seiner Regierung wählt. Eine starke Frau, die sich bewährt hat, die couragiert und mit ihrem ganzen Wesen ein hilfsbereiter, tüchtiger, moderner, aber vor allem mütterlicher Mensch ist und, wie wir Steirer sagen, das Herz am rechten Fleck trägt. Mit ihr – und das haben auch die Medien in den letzten Tagen und auch heute mehrmals gesagt – wird jener Neubeginn gesetzt in unserem Land, der dieses Land mit Gottes Hilfe ins dritte Jahrtausend führen wird.

Ein herzhaftes Glückauf für diese gemeinsame steirische Zukunft!

So, Waltraud – ich wünsch dir was! (Langer allgemeiner Beifall. – 10.10 Uhr.)

Präsident: Herr Landeshauptmann!

Ich danke dir namens des gesamten Landtages sehr herzlich für dein politisches Lebenswerk und die große Arbeitsleistung für unser Land! Herzlichen Dank!

Ich gehe zur Tagesordnung gemäß Paragraph 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über.

Wir kommen zur Wahl des Landeshauptmannes.

Ich ersuche um Erstattung von Wahlvorschlägen.

Abg. Schützenhöfer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich schlage vor, Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann von Steiermark zu wählen.

Präsident: Danke. Es hat sich gemeldet der Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Kurt Flecker.

Abg. Dr. Flecker: Herr Präsident!

Es ist mir eine Ehre, seitens der Sozialdemokratischen Fraktion Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek für das Amt des Landeshauptmannes von Steiermark vorzuschlagen.

Präsident: Auch Ihnen danke ich.

Es liegen mir eine Reihe von Wortmeldungen zu diesen Wahlvorschlägen vor, und ich erteile als erster der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.12 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete!

Ich möchte im Namen der steirischen Grünen unsere Position zur Wahl des Landeshauptmannes beziehungsweise der Landeshauptfrau vorstellen.

Wir haben bereits vor mehreren Wochen zehn „grüne“ Forderungen für eine Steiermark, die sich gerade im nächsten Jahrtausend, wie vorher Landeshauptmann Krainer gemeint hat, in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln muß. Diese zehn „grünen“ Forderungen sind für uns die Grundlage gewesen, einen Landeshauptmann oder eine Landeshauptfrau mitzuwählen. Ich nehme einige heraus, die zeigen, wie wir als Grüne einen Klimawechsel in Richtung ökologische, soziale und gesellschaftspolitische Entwicklung in der Steiermark verstehen.

Eine unserer Forderungen war Ausstieg aus einer sehr unsanften Mobilität, die in der Steiermark in den letzten zwanzig Jahren sehr stark vorne gestanden ist, konkretisiert als Ausstieg aus der ennsnahen Trasse. Ein zweites Thema war Ausstieg aus der Müllverbrennung, ein dritter Bereich Alternativen in der gesellschaftspolitischen Umsetzung von Vorgaben der Toleranz, von Vorgaben des Miteinander, konkretisiert im Bereich Kulturpolitik, auch konkretisiert im Bereich der Presseförderung, der Förderung von Publikationen, die aus dem extremistischen Bereich kommen, wie es in letzter Zeit immer wieder geschehen ist.

Aus grüner Sicht hat es zu diesen Forderungen zwar Gespräche gegeben mit der ÖVP, diese „grünen“ Inhalte wurden aber nicht integriert und sind deswegen für uns nicht erfüllt geworden.

Ich möchte trotzdem sagen, daß wir erfreut sind über die Gespräche, die es mit der ÖVP gegeben hat. Von der SPÖ hat es keine Aufforderung an uns gegeben, über diese Inhalte mit uns in einen Dialog zu treten. Daß wir deswegen Landeshauptmannstellvertreter Schachner und Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic nicht mitwählen werden, hoffe ich, damit begründet zu haben.

Und ich möchte zuletzt noch persönlich sagen, ich hätte mich als Frau sehr gefreut, die Frau Landes-

hauptmannstellvertreterin mitzuwählen, aber in diesem Fall gehen wir einfach davon aus, daß diese unsere Positionen, diese unsere Forderungen nicht erfüllt worden sind. Und ich habe auch große Schwierigkeiten mit dem Geschichtsverständnis, das die Frau Landeshauptmannstellvertreterin in letzter Zeit über die Medien kommuniziert hat und das ich gerade in dieser Zeit bei diesen internationalen massiven Übergriffen gegen ausgegrenzte Menschen sehr problematisch finde. Danke! (10.15 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es tut mir leid, daß Herr Landeshauptmann Krainer schon den Sitzungssaal verlassen hat, denn ich möchte ihm auch namens des Liberalen Forums und auch in meinem Namen Dank dafür sagen, daß er 25 Jahre lang seine Kraft, sein Wissen und seine Begabungen diesem Land zur Verfügung gestellt hat. Wir haben auch in vollem Respekt seine Haltung nach dem Mißerfolg der ÖVP bei der letzten Landtagswahl verfolgt. Wir zollen ihm für diese Haltung, die nicht selbstverständlich ist, Respekt. Und ich möchte auch einen persönlichen Dank anschließen an Herrn Landeshauptmann Krainer, weil mir die ÖVP 1990 nach meiner Direktorszeit Gelegenheit gegeben hat, im Parlament politische Erfahrung zu gewinnen und ich umgekehrt mein Engagement und meine Ideen in diese parlamentarisch-politische Arbeit, teilweise für die ÖVP sogar federführend, wenn ich an das Fachhochschulstudiengesetz oder an die Gentechnik denke, einbringen konnte. An dieser meiner Wertschätzung und an meinem Dank für Herrn Landeshauptmann Krainer ändert der Umstand nichts, daß ich mich zunehmend mit der ÖVP-Politik nicht mehr einverstanden erklären konnte und daß sich daher unsere Wege getrennt haben. Ich möchte, und ich bitte, das Herrn Landeshauptmann Krainer auszurichten, namens des Liberalen Forums und im eigenen Namen Herrn Landeshauptmann Krainer für seinen weiteren Lebensweg Glück und Zufriedenheit wünschen.

Meine Damen und Herren, die Geburt unserer Entscheidung, die Wahl von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic zum Landeshauptmann, zur Landeshauptfrau mitzutragen, war im Grunde genommen eine schwere Geburt. Deine Aussage, Waltraud, daß es niemandem von uns guttun kann, vor allem den jungen Leuten nicht, wenn sie immer diese Debatten über die Zeit vor fünfzig Jahren hören, war eine ganz schwierige Barriere für uns, um sie übersteigen zu können.

Meine Damen und Herren, soll zum Beispiel die Universität den Studierenden verschweigen, und sie hat es leider lange genug getan, daß sie in der Zwischenkriegszeit ein besonders guter Nährboden für rechtsnationales Gedankengut gewesen ist? Soll die Universität verschweigen, daß am 12. März 1938, der Einmarsch ist gerade im Gang gewesen, die gesamte Führungsgarnitur der Universität ausgetauscht worden ist? Soll die Universität verschweigen, daß in

den Tagen nach dem 12. März 1938 25 Prozent der Professoren, weil sie Juden gewesen sind oder weil sie andere politische Haltungen gehabt haben, darunter drei Nobelpreisträger, entlassen worden sind? Soll die Universität verschweigen, daß noch im Wintersemester 1937/38, also nicht kriegsbedingt, ein Drittel der Studierenden die Universität verlassen mußte, weil sie jüdischen Glaubens oder anderer politischer Überzeugung waren? Soll die Universität verschweigen, daß jüdische Studierende, sofern sie überhaupt noch promoviert worden sind, das auf der Hintertreppe der Universität tun mußten, und nicht in der Aula der Universität? Alles das kann nicht verschwiegen werden!

Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, daß es mir nicht darum geht, in der Geschichte zu wühlen, damit heutige Süppchen gekocht werden. Und ich renne auch nicht moralisierend durch die Gegend. Ich habe das Glück der späten Geburt. Aber wir müssen unsere Väter und Mütter ersuchen, daß sie uns die Wahrheit sagen über die Greuelthaten des nationalsozialistischen Regimes, daß sie uns auch sagen, daß ihnen das Hemd oft näher gewesen ist als der Rock. Und wir als Väter und Mütter haben unseren Kindern und Kindeskindern, und wir als Lehrerinnen und Lehrer haben unseren Schülerinnen und Schülern und unseren Studierenden zu sagen, wie es zu diesen Greuelthaten gekommen ist, und mitzuhelfen, daß sich diese Geschichte nicht mehr wiederholt.

Ich möchte auch noch einmal auf die Wahl von Wilhelm Brauner zum Dritten Nationalratspräsidenten eingehen. Ich habe kein Verständnis dafür, daß Herr Kollege Brauner mit Hilfe der ÖVP gewählt worden ist. Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß eine steirische Nationalratsabgeordnete in der Fernsehendung „Zur Sache“ überhaupt keine Anstalten gemacht hat, sich von den Krumpendorf-Erklärungen des Herrn Dr. Haider abzugrenzen. Wenn Herr Wilhelm Brauner sein rechtsnationales Geschichtsbild pflegen möchte, dann kann er sich in der Demokratie auf die Lehrfreiheit und auf die Meinungsfreiheit berufen. Ich habe aber kein Verständnis dafür, daß die ÖVP ein rechtsnationales Geschichtsbild in der Person von Wilhelm Brauner als Dritten Nationalratspräsidenten inthronisiert. Und wenn in diesem Zusammenhang ständig die Demokratie beschworen wird, dann möchte ich folgendes festhalten. Natürlich ist es das demokratische Recht einer demokratisch gewählten Partei, Personalvorschläge zu machen für den Dritten Nationalratspräsidenten. Aber es ist auch das gute demokratische Recht, Nein zu sagen dann, wenn man mit diesem Geschichtsbild dieser Person nicht übereinstimmt und übereinstimmen kann.

Und ich möchte auch noch ganz kurz meinen Freund und Kollegen Bernd Schilcher ansprechen, der in dem Zusammenhang von Schnüffelei und vom Antiarierausweis spricht. Auch diese Aussagen kann ich nicht verstehen.

Auch ich halte die Vorgangsweise von Andreas Khol nicht für zielführend, so quasi heimlich und in Vorbereitung eines geplanten Coups Erhebungen über Wilhelm Brauner anzustellen. Das ist obrigkeitstaatliches Verhalten.

Es wäre liberal-demokratisches Verhalten, wenn hohe Funktionsträger sich einer öffentlichen An-

hörung stellen müßten, in der sie gefragt und befragt werden über ihr Geschichtsbild oder über ihre Vergangenheit, und nicht Schnüffelei hinter dem Rücken betrieben werden würde.

Frau Landeshauptmannstellvertreterin, wenn wir dich wählen, dann erwarten wir von dir Abgrenzung. Abgrenzung von solchen rechtsnationalen Geschichtsbildern, und wir erwarten von dir auch ein klares Ja dahin gehend, daß die Vergangenheit aufgearbeitet wird, gerade als Dienst an unserer Jugend.

Die Art, wie du, Waltraud, die Regierungsverhandlungen geführt hast, und auch ein gewisses Ergebnis dieser Regierungsverhandlungen, hat uns letztendlich aber für dich eingenommen. Wir halten es für zielführend für die Problemlösungsaufgaben in diesem Land, daß es betreffend die Ressortverteilung zu einer Einigung zwischen ÖVP und SPÖ gekommen ist. Wir werten es als eine Umstellung der politischen Atmosphäre nach den Eiszeiten der letzten Legislaturperiode, daß in dieser Übereinstimmung über die Ressortverteilung auch ein grundsätzliches Ja zur Kooperation zwischen ÖVP und SPÖ enthalten ist, weil wir glauben, daß diese Kooperation für das Land von Bedeutung ist. Bei der gestrigen abschließenden Fünfferrunde hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner auch darauf hingewiesen, daß es ein grundsätzliches Verständnis darüber gibt, daß man kooperiert. Das heißt natürlich nicht, daß man in allen Dingen einer Meinung ist.

Und wir möchten auch von dieser Stelle aus die Haltung der SPÖ würdigen, die sie in dieser Zustimmung und mit dieser Zustimmung eingebracht hat in die Politik der nächsten Jahre, sie hat quasi darauf verzichtet, mit dieser Zustimmung und in dieser Zustimmung, fünf Jahre die blauschwarze Karte zu spielen, denn das wäre nicht nur fad, sondern das wäre auch kontraproduktiv.

Zweitens hat mich beeindruckt, Waltraud, wie schnell du dich aus manchem Schatten herausgelöst hast und wie schnell du auch manche innerparteiliche Demarkationslinie überschritten hast, und wie erfrischend es ist und wie plötzlich neue Wege sichtbar werden, wenn man die Rituale männlichen Hahnenkampfes und Imponiergehabs, und ich schließe mich gar nicht aus, leider bin ich auch ein Mann, durchbricht.

Wir halten es für wichtig, daß eine Ära abgeschlossen wird, weil nur so Platz gemacht werden kann für Neues. Wir brauchen neue Denkweisen, und wir brauchen neue Problemlösungsstrategien.

Und schließlich ist die Berufung von Herrn Dipl.-Ing. Paierl in die Landesregierung wegen seiner Sachkompetenz eine erfolversprechende personalpolitische Entscheidung. Wir möchten freilich davon ausgehen, daß Herr Dipl.-Ing. Paierl nicht nur so quasi als Budgetzwillig für Herrn Landesrat Ressel zwecks Kontrolle bestellt worden ist, sondern wir erwarten und gehen davon aus, daß Herr Landesrat Paierl eine offensive und initiativ Wirtschaftspolitik betreiben wird, weil die Wirtschaft dieses Landes einige Probleme hat und die Politik aufgefordert ist, die Rahmenbedingungen für deren Lösung zu schaffen. Wir erhoffen uns von Herrn Landesrat Paierl, daß er Anwalt ist, zum Beispiel die Spielräume, die das Land bei der Liberalisierung der Ladenschlußzeiten hat, auszu-

nutzen, oder daß er Anwalt auf der Bundesebene dafür ist, daß die Gewerbeordnung dereguliert und liberalisiert wird.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch vorschlagen, wenn wir dann über die Ausschüsse diskutieren im Landtag, einen Deregulierungs-Ausschuß zu installieren. Und wir sind auch überzeugt davon, daß Herr Dipl.-Ing. Paierl wegen seiner politischen Vergangenheit einen Beitrag leisten wird zur Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Nochmals, es war die Entscheidung, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic mitzuwählen, keine leichte Entscheidung. Aber auf Grund meiner Lebensüberzeugung bin ich der Auffassung, daß man eine neue Periode nicht mit einem Nein beginnen soll. Wir hätten es uns mit einem Nein auch leichter machen können. Ich möchte jedoch eine neue Periode nicht mit einem Nein beginnen, sondern mit einem grundsätzlichen Ja, und damit auch meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß in dieser neuen Legislaturperiode einiges in diesem Land weitergebracht werden kann. (10.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (10.28 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist genau das eingetreten, was wir immer prophezeit haben: daß sich nämlich Rot und Schwarz einig werden. Und sie sind sich einig geworden. Wir sind mit großen Erwartungen in diese Verhandlungen hineingegangen – wir hatten Ziele. Wir hatten vor, daß hier ein Arbeitspapier für fünf Jahre gemacht und beschlossen wird, um die Probleme, die auf das Land Steiermark zukommen werden, bewältigen zu können. Darin sollte enthalten sein: eine Budgetkonsolidierung, die es uns möglich macht, unseren Kindern einen geordneten öffentlichen Haushalt zu hinterlassen. Wir wollten die Kontrolle auf allen Ebenen verstärken, damit man halt doch auch einmal den Regierern mehr auf die Finger schauen kann, vor allem im Gemeindebereich. Und wir wollten die Regierung verkleinern, denn hier wäre ein enormes Einsparungspotential gewesen.

Was ist herausgekommen? Ich weiß nicht, wie viele es von Ihnen kennen – Sie haben auch nicht die Möglichkeit, es jetzt zu sehen, weil dahier so viele Fotografen stehen –, es ist ein zweiseitiges Papier, liebe Kollegen von der SPÖ, das herausgekommen ist, und ich weiß nicht, ob Sie es unterschreiben werden. Aber zwei Seiten Papier, die unser Land für die nächsten fünf Jahre bewegen, verändern sollen. Ich glaube, daß das, was in dem Papier drinnensteht, zuwenig ist. Hier gibt es keine fixen Ziele, keine festen Zahlen, wie die Steiermark in der Zukunft aussehen soll. In den Verhandlungen ist bis zum letzten Donnerstag darüber gesprochen worden, wie das Wetter aussieht, wie die Schneelage ist und wie denn das wertefindende der Kollegen ist. Aber es ist nicht darüber gesprochen worden, welche Probleme wir in der Steiermark haben und wie man in der Regierung diese Probleme beabsichtigt zu lösen. Einzig von Interesse war, wer

welches Ressort bekommt, welche Personen das besetzen werden, das hat im Vordergrund gestanden. Es kam zu keinerlei Veränderungen. Die angekündigten Arrondierungen, wo man sinnvoll die Bereiche zusammenfassen wollte, haben nicht stattgefunden. Wir haben achtzehn Liegenschaftsverwaltungen, in jedem einzelnen Ressort sind ein oder zwei dieser Liegenschaftsverwaltungen. Da war es geplant, diese in ein gemeinsames Ressort zusammenzufassen. Das ist nicht passiert. Es ist keine einzige Kernfrage behandelt worden, und man ist sich nicht darüber einig geworden, wie man die Probleme bekämpfen wird.

Bis Donnerstag hat hier ein Showkampf stattgefunden, der dann durch den Befehl aus Wien geendet hat. Denn es kann nur ein Befehl aus Wien gewesen sein, daß die ÖVP den gesamten Jugend-, Bildungs- und Wissenschaftsbereich bei der SPÖ gelassen hat und noch als Drüberstreuer die Kultur zur SPÖ gegeben hat. Denn die steirische Kulturpolitik hat hier jetzt ein Ende gefunden, diese hat seit Koren bis Krainer das steirische Klima mitgestaltet. Ich glaube, daß sich Koren im Grabe umdrehen würde, wenn er das wüßte, und Krainer hat hier sehend zugeschaut, was mit der Kultur jetzt bei uns in der Steiermark passieren wird.

Es ist eine Entscheidung der ÖVP. Und ich glaube, Sie halten es hier beide – die ÖVP und die SPÖ – mit Theodor Heuss, denn mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht kann mit Kultur Politik gemacht werden. Und das hat uns Scholten gezeigt, und wir werden es jetzt sehen, wie das die SPÖ weiterführen wird.

Aber wir erwarten uns von dieser großen Koalition, daß sie wenigstens das eine Versprechen hält, nämlich die Verkleinerung der Regierung von neun auf sieben. Hier gibt es ein entsprechend großes Einsparungspotential. Und dieses Versprechen wurde ja von Dr. Schachner vor laufender Kamera den Bürgern der Steiermark gegeben. Wir werden hier sehen, ob dieser Handschlag, der gegeben wurde, wirkliche Handschlagqualität haben wird.

Und wir hätten noch einen Vorschlag. Gleich bei der ersten Entscheidung, die in der Regierung auf Sie zukommen wird – die Wahl des zweiten Landeshauptmannstellvertreters –, da wird es schon wieder Schwierigkeiten in der Regierung geben. Um Ihnen diese zu ersparen, schlagen wir Ihnen vor, sparen Sie doch diese Funktion einfach ein, dann ersparen Sie sich die Qual der Wahl. Die ÖVP muß sich nicht entscheiden, wählt sie jetzt Hirschmann oder Pörtl, die SPÖ, da würde Herr Dr. Schachner dann den Vorteil haben, daß er keinen gleichrangigen Partner in der Regierung hat, falls es Landesrat Ressel werden würde. Unser Vorschlag: Ersparen Sie sich diese Qual der Wahl, dann ist vielleicht die erste Entscheidung leichter.

Doch nun zur Landeshauptmannfrage. Die SPÖ – wir haben es gehört und gelesen – will Landeshauptmann werden. Aber nicht mit Hilfe der Freiheitlichen. Hier wird scheinbar nicht zur Kenntnis genommen, daß die Freiheitlichen sehr wohl inzwischen ihre Stärke haben, um diese Entscheidung treffen zu können. Und die Wahl von Frau Landeshauptmann Klasnic wird dann ausgeschlossen. Na, aber da frage ich die Kollegen von der SPÖ, wer soll denn dann Ihren Dr. Schachner zum Landeshauptmann machen? Ihre Kraft alleine reicht nicht aus. Für uns stehen hier

zwei Personen zur Wahl. Einer, der verboten hat, uns zu wählen, und uns vorgeschlagen hat, den Saal zu verlassen. Na, das werden wir sicherlich nicht tun. Wir werden uns dieser Entscheidung nicht entziehen, indem wir den Saal verlassen. Wir haben die zweite Wahl, die Frau Klasnic, diese wurde von der ÖVP getroffen. Und hier steht es uns nicht zu, diese Entscheidung zu kritisieren. Auch das ist eine Entscheidung der ÖVP. Aber für uns steht die Integrität der Person außer Frage. Und ich freue mich besonders, daß hier eine Frau erstmals dieses Amt innehaben wird. Hier sieht man auch, wie sich die SPÖ verhält, denn wenn es einmal heißt Quotenregelung – das ist sonst immer das große Schlagwort bei der SPÖ –, wenn wir jetzt schauen, dann wissen wir, wie es die SPÖ mit der Quotenregelung wirklich hält, und auch bei dieser Entscheidung wird dann von solchen Dingen überhaupt nicht mehr gesprochen. Die ÖVP ist nach wie vor die stärkste Partei. Für uns besteht für Dr. Schachner bei der Art und Weise, wie er Politik macht und wie er die Verantwortung im Lande trägt, keine Legitimation dafür, daß er Landeshauptmann wird.

Ich wünsche dem scheidenden Landeshauptmann – und ich bin überzeugt, meine Kollegen der freiheitlichen Fraktion auch – alles Gute! Denn er hat es geschafft, die Geschicke des Landes so zu leiten, daß wir eine Atmosphäre im Lande hatten, die es uns ermöglicht hat, Politik angenehm und in einem guten Klima zu machen. Und ich wünsche der neuen Führungskraft im Lande die Kraft und das Maß, die Geschicke unseres Landes in seinem Sinne weiterzuführen, und wir werden uns bemühen, daß wir das gemeinsam, wirklich alle gemeinsam machen werden. (Beifall bei der FPÖ. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (10.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Wahlergebnis vom 17. Dezember bietet diesem Land neue Chancen. Die nunmehrige Zusammensetzung des Landtages hat historische Bedeutung, sie versetzt uns in die Lage, die eröffneten Dimensionen für die Steiermark zu nützen. Beide Großparteien sind in gleicher Stärke vertreten, und daraus folgt mit Selbstverständnis, daß es heute jedenfalls einen sozialdemokratischen Kandidaten für den Landeshauptmann gibt. Für uns Sozialdemokraten ist die Kandidatur eindeutig im Sinne des Wählerauftrages, der eine Wende verlangt. Und ich habe das bereits anlässlich der Wahl des Präsidenten dieses Hauses gesagt. Ohne den Überhang von etwas mehr als 2000 Stimmen bei der ÖVP abwerten zu wollen, muß gesagt werden, daß ein derart rasanter Abbau des Vertrauens zur Volkspartei in diesem Lande als Auftrag zu sehen ist. Der Landtag hat diese Zeichen jedenfalls zu würdigen. Dazu kommt, daß die Wahl von Seiten der ÖVP in ihrer gesamten Propaganda auf Dr. Krainer zugeschnitten war, wohl in der Annahme, daß die Volkspartei aus ihrer Sicht auch ihren besten Kandidaten stellte. Die diesbezüglichen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis sind uns ja bekannt. Der Rücktritt von Dr. Krainer war daher der erste logische Schritt als Konsequenz

aus dem Wahlergebnis. Es ist aber unschlüssig, daß die ÖVP den logischen zweiten Schritt nicht setzt, nämlich den Anspruch der SPÖ auf die Position des Landeshauptmannes zu akzeptieren. Die ÖVP beharrt mit Hilfe eines Paktums weiterhin auf Positionen. Unser Kandidat wurde vom Wähler bewertet. Die nunmehrige Kandidatin der ÖVP kann sich in dieser Form nicht darauf berufen. Und ich will, meine Damen und Herren, bewußt keine Vergleiche mit der Bundespolitik ziehen. Ich möchte aber völlig wertfrei in den Raum stellen, wie denn die Argumentation der Volkspartei gelaute hätte, wäre den Sozialdemokraten auf Bundesebene ähnliches passiert wie der Volkspartei in der Steiermark.

Die heutige Kandidatur der Sozialdemokraten um das höchste Amt in diesem Lande, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur als Selbstverständnis aus dem Wahlergebnis, sondern auch aus der Tatsache zu verstehen, daß wir über den besseren Kandidaten verfügen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Über die bessere Kandidatin!“)

Meine Damen und Herren, so wenig es manche hier verstehen, Ihr eigenes Demokratieverständnis strafft Sie selbst Lügen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einigen Sätzen auf die Vorgänge im Vorlauf zur heutigen Wahl eingehen. Wir Sozialdemokraten jedenfalls haben es diesem Lande, aber auch der Politik erspart, das Bild eines üblen Tauschhandels um Positionen abzugeben, auch wenn dies möglicherweise mit mehr Macht durch Kompetenzen verbunden gewesen wäre. Wir sind durch unsere selbstbewußte, nachvollziehbare und korrekte Haltung glaubwürdig. Dieses Adjektiv wird auch in Hinkunft die Politik der Sozialdemokraten prägen. Unsere Haltung ist in zwei Richtungen hin korrekt und nachvollziehbar.

Erstens hat bereits am Wahlabend unser Spitzenkandidat Dr. Peter Schachner unmißverständlich gesagt, daß wir uns auf keinen Fall auf ein Paktum mit den Freiheitlichen einlassen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Am Montag!“) Mein Gott, da habts am Wahlabend halt noch nicht zuhören wollen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Am Sonntag hat es noch Gemeinsamkeit geheißt!“) Das tut den Freiheitlichen natürlich weh, wenn ihr die Begründung hört. Weil wir es nämlich aus unserer Überzeugung und der historisch, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, der historisch weißen Weste der Sozialdemokratie in Österreich schuldig sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn eine Partei mit einem Obmann, dem wiederholt mangelnde Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus attestiert worden ist, kann nicht Partner der Sozialdemokratie sein. Dies gilt auch für Personen, die unverdächtig erscheinen, denen aber die in solchen Fällen von der Demokratie geforderte Zivilcourage fehlt, sich von bestimmten Aussagen des eigenen Obmannes zu distanzieren. Dies gilt umso mehr für eine Landespartei, der die Eigenständigkeit fehlt. Daß dies so ist, zeigen wohl die Vorgänge der letzten Wochen. Hier wurde der Schmid zum Schmidl. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und du zum Flecker!“)

Diesen Aufstieg wirst du nie schaffen, Michael, da fehlt dir einiges. Nicht einmal den Fleckerl schaffst du. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Na ja!“)

Zweitens haben wir nie auch nur im geringsten versucht, mit der Volkspartei den Abtausch von Positionen anzustreben. Festzustellen ist aber, daß die ÖVP von sich aus keine einzige für sie mit Hilfe der Freiheitlichen erreichbare Position aufgegeben hat. Übrig bleibt ein schaler Nachgeschmack, nämlich ein über die Steiermark hinausgehendes Paktum zwischen ÖVP und Freiheitlichen. Und es gehört wohl zum Selbstverständnis dieser beiden Parteien, miteinander alles zu unternehmen, um an der Spitze der einzelnen Bundesländer einen Wechsel zur Sozialdemokratie zu verhindern. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kärnten!“)

Ich wüßte nicht, daß dort ein sozialdemokratischer Landeshauptmann ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Da habts aber ihr die Schwarzen gewählt!“) Ja, das tut dir eh weh. Euch werden wir sicher nie wählen.

Es werden ganz im Gegensatz zum föderalistischen Gedankengut Vereinbarungen in diesem Sinne getroffen, die dann letztlich Bundesländer zum Tauschobjekt für Positionen in der Bundespolitik machen. Beteuerungen zweier Partner, nie und nimmer ein Paktum über den Tausch von Positionen zu haben, machen auch durch Wiederholungen die Unwahrheit nicht zur Wahrheit. Die Tatsachen sind nachvollziehbar. Diejenigen, die heute diesen Pakt vollziehen, werden auch damit leben müssen. Wir werden an der Politik nach dem heutigen Tage messen können, ob nicht die eine Fraktion eigentlich nur die Ersatzbank der anderen darstellt.

In Verfolgung der Ereignisse der letzten Wochen mutet die Rede der Kollegin Bleckmann wohl als Ablenkungsmanöver an, obwohl die Oppositionsrolle der inhaltlichen Qualität der FPÖ eher entspricht.

Mut zur Ehrlichkeit, das Eingestehen von Niederlagen und damit Geradlinigkeit der Gesinnung sollen Attribute der Politik sein. Die, denen diese Attribute nicht unterstellt werden können, weil sie für sich retten wollen, was noch zu retten ist, und denen dafür manches Mittel zu diesem Zweck gereicht, haben ebenso ihre Unschuld verloren wie jene, denen auch das Spiel zum Zweck geworden ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist erfreulich, daß man sich relativ schnell in der Regierung auf Kompetenzen geeinigt hat. Es gibt genug zu tun, und wir alle hoffen, daß dieses Land in der Lage sein wird, sich im Konzert der österreichischen Bundesländer statistisch besser darzustellen, als dies zum Ende der abgelaufenen Ära der Fall war.

Wir Sozialdemokraten haben durch die Übernahme schwieriger Kompetenzen gezeigt, daß wir bereit sind, in diesem Lande Verantwortung zu übernehmen, auch dort, wo der Karren schon verfahren erscheint. Diese Bereitschaft möge auch als Zeichen gesehen werden, daß wir den Weg der Zusammenarbeit wollen. Wer auch immer als Sieger aus dieser heutigen Wahl hervorgeht, das Ergebnis wird als Zeichen gewertet werden. Zum einen als Symbol für ein Weitergehen auf ausgetretenen Pfaden, die in das Wahlergebnis vom 17. Dezember mündeten, zum anderen als Symbol der Wende zu Offenheit, Toleranz und Zukunftsorientierung. Diese Zukunftsorientierung setzt selbstverständlich als Fundament das Bewußtsein über gesellschaftliche und politische Vorgänge der Vergangenheit voraus. Brünner hat das ja sehr deutlich gesagt, wenngleich ich nach dieser Rede die Logik

seines Wahlverhaltens nicht erfassen kann. Wir alle müssen uns dessen bewußt sein, daß sich Politik nicht in den alten Ritualen des Austausches von Verhandlungspositionen, von Briefen und Telegrammen sowie in zu Sprechblasen gewordenen Worthülsen erschöpfen darf. Politik erfordert mehr denn je das Gesetz des Handelns und politisches Management. Und eines, meine Damen und Herren, muß uns klar sein, wenn wir dieses Land weiterbringen wollen, wird es vor allem an der ÖVP liegen, ihre Erneuerungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. In diesem Sinne wollen wir jenen, die heute die Besetzung dieser einen Position über alles stellen, für einen Neubeginn die Zusammenarbeit für dieses Land anbieten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion für den Landeshauptmann von Steiermark, Herr Universitätsprofessor DDr. Peter Schachner, ist nicht nur theoretisch versiert, sondern hat sich auch in der Praxis bewährt. Seine berufliche und außerberufliche Erfahrung attestiert ihm nicht nur besondere wirtschaftliche und juristische Kenntnisse, sondern auch die mit der Position des Landeshauptmannes notwendigerweise verbundene breite historische, kulturelle und politische Bildung. Seine traditionell feste Verankerung im Land erlaubt ihm darüber hinaus eine europäische Gesinnung. Er ist traditionsbewußt, aber auch Neuem aufgeschlossen. Werdegang und Sein dieser Persönlichkeit machen ihn zu jenem Kandidaten, der dieses Land würdig nach innen und nach außen vertreten kann.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen daher zum Besseren des Landes unseren Kandidaten Herrn DDr. Peter Schachner zur Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark vorschlagen, und ich ersuche Sie, ihm die Stimme zu geben. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hermann Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer (10.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit dem heutigen Tag geht zweifellos eine große und erfolgreiche Ära zu Ende, eine neue beginnt, und wenn Sie unserem Vorschlag die Zustimmung geben, dann ist das gewiß mehr als ein neues Kapitel im Buch der Steiermark, sondern, Herr Abgeordneter Dr. Flecker, dann ist das die Wende. Die Steiermark ist weiblich, ob wir Männer das wollen oder nicht, und es ist eine Wende, wenn erstmals im Lande, ja erstmals in der Republik eine Frau zum Landeshauptmann gewählt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, der Abschied von Josef Krainer als Landeshauptmann erfüllt uns mit Wehmut und mit großer Dankbarkeit. Er hat diesem Land mit allen Fasern seines Herzens ein ganzes politisches Leben lang gedient und sich die Zuneigung vieler unserer Landsleute erworben. Ich möchte sagen, wir danken ihm für sein Lebenswerk, wir bleiben ihm verbunden, und wir wünschen ihm von Herzen Gottes Segen, Glück und Freude für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Zweifellos, meine Damen und Herren, die Landtagswahlen vom 17. Dezember brachten der Volkspartei eine schmerzliche, eine bittere Niederlage, die wir noch aufzuarbeiten haben. Da gibt es nichts zu beschönigen, und es wäre ein Irrtum zu glauben, wenn wir den Landeshauptmann wieder stellen können, daß alles wieder bereinigt wäre. Nein, das wäre Selbstbetrug. Aber, und ich bitte die Demokraten im Hause, das auch zur Kenntnis zu nehmen, wir sind die Mehrheitspartei im Lande geblieben. 2414 Stimmen sind um 2413 Stimmen mehr, als man für eine relative Mehrheit braucht. Und als Mehrheitspartei haben wir den Anspruch auf den Landeshauptmann selbstverständlich angemeldet. In der Debatte darüber, wer nun Landeshauptmann werden soll, wurde so oft, wie in den letzten Jahren, das schwarzblaue Gespenst ausgerufen. Ja, mehr noch, ein Pakt wurde konstruiert, den es nicht gab und den es nicht gibt.

Ich weiß nicht, wie vielen Koalitionen wir jetzt angehören. Dr. Flecker hat uns gerade erklärt, daß es ein großes Paktum zwischen ÖVP und FPÖ gibt, die Abgeordnete Bleckmann hat uns erklärt, daß es die große Koalition gibt. Also haben wir jedenfalls von der Volkspartei her eine gesicherte Mehrheit, denn wir gehören allen Koalitionen dieses Hauses an.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, irgendwann wird man aufhören müssen, uns etwas vorzuwerfen, was es nicht gibt. Ich möchte dem Kollegen Dr. Flecker, mit dem ich in den letzten Tagen über die Klubarbeit durchaus korrekte Gespräche geführt habe, nicht nahetreten, aber ich habe den Eindruck, ein paar Seiten in Ihrem Manuskript sind Ihnen aus den Wahlkampfzeiten da hineingerutscht, denn Sie haben da Dinge behauptet, die mit der Realität eigentlich nichts zu tun haben. Nehmen wir die Dinge bitte so wie sie sind: im freien Spiel der Kräfte sind Mehrheiten zu finden, auch, Kollegin Bleckmann, etwa in der Frage des Landeshauptmannstellvertreters. Nur, wenn wir immer alles das einsparen würden, wo wir uns vorher nicht einigen, na da hätten wir um einige Köpfe insgesamt weniger. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Doppelt besetzt!“) Das ist ja die Demokratie, daß um Konsens auch gerungen werden muß. Aber, meine Damen und Herren – es ist ja heute auch schon angesprochen worden –, was ich bedauerlich finde und was ich beklage ist, daß diese Frage, wer zum Landeshauptmann gewählt wird, dazu herhalten mußte, die offenbar nicht bewältigte Vergangenheit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu nehmen.

Ich habe nachgeschaut: 35 der 56 Abgeordneten dieses Hohen Hauses der XIII. Gesetzgebungsperiode sind nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren. Das sind fast schon zwei Drittel, und – und das sage ich sehr bewußt dazu – umso mehr sollten wir Jüngeren auch hier im Hohen Hause die dunklen Stunden unserer Geschichte wachhalten, sie nur ja nicht verdrängen, um daraus zu lernen.

Aber seien wir Jungen auch sehr sensibel und vorsichtig, wenn es darum geht, Schuld zuzuweisen. Ich bin mit meinen 43 Jahren nicht der Richter der älteren Generation, spiele mich nicht als solcher auf. Dazu habe ich aus meiner Sicht nicht das Recht. Aber ich möchte die Geschichte bewußt halten, denn wer geschichtsbewußt ist, weiß, was Versöhnung und

Toleranz bedeuten. Und insofern werden wir gut daran tun, sorgsam auch in der Sprache miteinander umzugehen, denn Gewalt beginnt mit Parolen. „Wehret den Anfängen“ gilt daher auch heute vielleicht mehr denn je. Machen wir uns nichts vor, die Gesprächskultur unter den Parteien, auf der Bundesebene und zum Teil auch bei uns, ist seit Jahren gestört, weil in der verbalen Auseinandersetzung allzuoft die Vergangenheit zurückgeholt wird.

Es ist für mich unakzeptabel, wie bewußt geschürt, Emotionen geweckt und primitive Versuche unternommen werden, ganze Parteien in Ecken anzusiedeln, wo sie nicht sind, wo sie nicht sein wollen und wo sie nicht hingehören.

Und wenn heute manche meiner Vorredner darüber gesprochen haben, daß sie nicht verstehen, daß etwa dieser Prof. Brauner zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt wurde, und sich immer auf die Geschichte berufen, warum hat keiner von Ihnen, die da heute schon gesprochen haben, darüber geredet, daß sie auch nicht verstehen, daß Kreisky 1970 mit Peter einen Pakt geschlossen hat und später diesen zum Dritten Nationalratspräsidenten machen wollte? Damals haben die gleichen applaudiert. Sehen Sie, und so kann es nicht sein. (Abg. Dr. Flecker: „Sie müssen lernen zu unterscheiden zwischen denen, die geläutert sind, und den anderen!“) Herr Dr. Flecker, was Sie auszeichnet ist, daß Sie in einem belehrenden Ton sich in diesem Hohen Hause immer wieder die Zuneigung holen, aber offenbar nur für sich selbst. (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe keine Angst, Lehrer zu sein!“) Ja, ich weiß, das hören Sie nicht gerne. (Abg. Gennaro: „Im Gegensatz zu dir sehr wohl!“) Ich freue mich, daß auch der Kollege Gennaro wieder da ist. Ich habe schon auf seinen Zwischenruf gewartet.

Meine Damen und Herren, ich kehre zum Ernst der Sache zurück. Wir sind nicht bereit, und das sage ich dezidiert für die Volkspartei im Landtag, eine Partei mit 130.492 Stimmen und zehn Mandaten im Landtag oder 1.060.175 Stimmen und 40 Mandaten im Nationalrat auszugrenzen und als Ganzes abzuqualifizieren, so als hätten wir es bei den Freiheitlichen mit Aussätzigen zu tun. Alle größeren politischen Gruppierungen, und das wissen wir doch, auch wir Jüngeren, und das ist sehr bewußt auch festzuhalten, haben, was das Verhältnis zum Nationalsozialismus betrifft, keinen Anlaß, überhaupt keinen Anlaß zur Selbstgerechtigkeit. Daher gilt für mich auch in diesem Zusammenhang, der werfe den ersten Stein – Sie wissen.

Und ich meine daher, daß es unsere Aufgabe ist, und für die steirische Volkspartei sage ich, es ist unser Wollen, die Gesprächsfähigkeit zu stärken, und nicht durch Verbalradikalismus zu zerstören.

Meine Damen und Herren, die heutige Landtags-sitzung ist der Start in eine neue Zeit. Sie erfordert den Grundkonsens der großen politischen Lager schon deshalb, weil wir nicht die Zuwächse in den nächsten Jahren verteilen können, sondern weil es gilt, und das ist eine schwere Aufgabe, vor der wir stehen, die Lasten gerecht aufzuteilen. Unsere wirtschaftliche und budgetäre Situation ist mehr als angespannt und erfordert konsequentes Handeln. Bis April, und das ist für mich ein ganz wichtiges Datum, wenn das Budget beschlossen werden muß, werden wir sehen, ob in dieser neuen Konstellation wirklich etwas weitergeht.

Es ist die erste, aber es ist die entscheidende Bewährungsprobe, denn dann werden wir wissen, ob wir Jahre vor uns haben wie gehabt oder ob es eine neue Zusammenarbeit mit entsprechend neuer Geisteshaltung gibt. Die bestimmenden sozialen Gruppen der Gesellschaft im Lande sind eingebunden in diese Vereinbarung. Das ist wohl die Voraussetzung für die Entscheidungskraft und Handlungsfähigkeit der neuen Landesregierung, die wir dringend brauchen. Und deshalb hat Waltraud Klasnic und damit wir alle von der Fraktion der Volkspartei den Konsens mit den Sozialdemokraten gesucht und in der Sache auch gefunden, wie wir auch mit den Freiheitlichen und den Grünen und den Liberalen eine breite Zusammenarbeit anstreben, immer wieder anstreben, und bei dieser Grundhaltung wird es auch bleiben.

Die Steiermark wird in dieser neuen Periode auch einen neuen Parlamentarismus erleben. Wir sind fünf, und nicht mehr nur drei Klubs. Ich denke, daß daher neben den großen Brocken Wirtschaft, Arbeitsplätze – das ist und bleibt das wichtigste für unser Land, dem wir all unser geistiges Vermögen zu widmen haben – und der Budgethoheit, die der Landtag hat und wahrnehmen sollte, vor allem auch das Demokratiepaket, wie etwa die Direktwahl der Bürgermeister, die Direktwahl des Landeshauptmannes, zu beraten ist, und es ist das Verhältnis zwischen Regierung und Landtag zu hinterfragen und möglicherweise auch neu zu definieren.

Meine Damen und Herren, meine persönliche Meinung war und ist es, wenn, wie in der letzten Periode, alle Landtagsparteien in der Regierung sind, kann das nicht der Demokratie letzter Schluß sein. Wir sollten gemeinsam überlegen, und da geht ja ohnehin ein Überstimmen nicht, die Debatte brauchen wir nicht führen, ein Modell für das nächste Jahrhundert, das vor uns steht, auszuarbeiten, das den Wettstreit zwischen Regierung und Parlament belebt.

Ich habe damals der stimmenstärksten Partei im Landtag – der steirischen Volkspartei – den Vorschlag gemacht, Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann zu wählen, und ich lade alle Fraktionen des Hauses ein, sie zu unterstützen. Sie hat schon in ihrer bisherigen Arbeit Wirtschaftskompetenz bewiesen, und – und das sage ich sehr gerne – sie hat soziale Gerechtigkeit vorgelebt. Und vor allem, meine Damen und Herren, Waltraud Klasnic zeichnet eines aus wie kaum jemanden. Sie kann auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören und mit ihnen reden, sie weiß, wovon andere sprechen, sie weiß, wo den kleinen Mann der Schuh drückt oder welche Probleme etwa die Frauen im Lande haben. Wenn immer wieder Menschen sagen, sie ist eigentlich eine wie du und ich, dann, meine Damen und Herren, bleiben wir nur schön am Boden, ist das eigentlich die höchste Auszeichnung, die die Erste Repräsentantin eines Landes bekommen kann. Ich habe gestern eine Diskussion gehabt, und da hat mir jemand gesagt: „Wissen Sie, die Frau Klasnic ist natürlich geblieben. Die bildet sich nicht ein, über uns zu schweben.“

Das, meine Damen und Herren, Herr Dr. Flecker, läßt mich nicht ruhig schlafen, aber ist mir eine gute Motivation, gelassen durch viel Arbeit der Bewertung der Wähler in fünf Jahren entgegenzusehen. Da bin ich mir sicher, daß dann sehr gut zwischen den Spitzen

unterschieden wird. Wir haben schon gewußt, wen wir an die Spitze stellen. Die bestmögliche Entscheidung, die wir treffen können in dieser Zeit. Ich bitte Sie daher um Ihre Stimme für Waltraud Klasnic, und ich appelliere an Sie und an uns alle, die Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg im Interesse des Landes zu stärken. Wir werden unsererseits in den folgenden Wahlgängen allen übrigen acht Mitgliedern der Landesregierung – das habe ich jedenfalls dem Klub empfohlen – auch unsere Zustimmung geben.

Glück auf, Waltraud Klasnic, Glück auf, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.06 Uhr.)

Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 56 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind zwei, gültige Stimmen sind 54.

Davon entfielen 33 Stimmen auf Waltraud Klasnic und (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) 21 Stimmen auf DDr. Schachner-Blazizek. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wurde daher Frau Waltraud Klasnic mit Mehrheit zum Landeshauptmann gewählt.

Ich ersuche die Frau Landeshauptmann zu erklären, ob sie die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Klasnic: Ich nehme die Wahl sehr, sehr gerne an.

Präsident: Ich bitte die Frau Landeshauptmann auf den ihr gebührenden Platz. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich beglückwünsche die erste Frau an der Spitze einer Landesregierung von allen österreichischen Bundesländern, bei uns in der Steiermark ist diese Premiere. Und ich wünsche Frau Waltraud Klasnic für dieses Amt die Geduld, damit durch erfolgreiches Verhandeln eine gute Zusammenarbeit gelingen möge, die Kraft, notwendige Entscheidungen rasch herbeizuführen, und das Glück, das jeder Mensch für seine Arbeit und überhaupt im Leben braucht.

Und ich bitte jetzt die neue Frau Landeshauptmann, das Wort an den Landtag, an die Damen und Herren Abgeordneten und an das Auditorium zu richten.

Die Damen und Herren Fotografen ersuche ich, nach einer Frist von etwa einer Minute, die ich Ihnen noch gebe, den Innenraum des Landtages zu verlassen, denn die Damen und Herren im Zuschauerraum

haben zumindest das gleiche Recht, die neue Frau Landeshauptmann zu sehen, wie Ihre Leserinnen und Leser, denen ich das natürlich zubillige.

Also: count down.

Landeshauptmann Waltraud Klasnic (11.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich auf Grund der vielen Gratulationen mit einer kurzen Verzögerung beginne.

Ich danke all jenen, die mir im vorhinein schon das Vertrauen geschenkt haben, und ich danke allen für ihre Gratulation, vor allem auch meinem Kollegen Peter Schachner – ich habe gespürt, daß es ehrlich gemeint ist, weil wir gut miteinander arbeiten sollen in diesem Land. (Allgemeiner Beifall.)

Ich kann Ihnen das Gefühl in dieser Stunde, aber auch die Gefühle der letzten Wochen nicht sehr gut beschreiben, aber es soll sich jeder ein bißchen hinein-denken.

Aber ich sage gleich am Anfang: Niemand von uns kann es allein, wir sind zusammen aufgerufen!

Es ist unsere Steiermark, es ist unsere Heimat. Aufgerufen sind die KollegInnen im Landtag, es sind die Mitglieder der Landesregierung, es sind die Bürgermeister und die Verantwortlichen in den Gemeinden draußen, es sind die Verantwortlichen in den Interessenvertretungen, aber es sind vor allem auch – ich sage es an allen Stellen – die Mithelfenden, oft als Beamte, oft als hauptamtliche oder ehrenamtliche Helfer.

Wir haben gemeinsam viel erreicht, aber wir haben noch viel vor uns.

Ich habe den Reden der Damen und Herren hier am Pult sehr gut zugehört. Und ich möchte vor allem der Klubobfrau Magda Bleckmann sagen, ich finde es richtig und wichtig, daß sie es angesprochen hat, daß es diese Kontrolle, daß es dieses Mitdenken und daß es vor allem auch in dieser Form eine gute Arbeit geben kann, weil ich weiß, daß der gute Wille und daß vor allem die Verantwortung im Vordergrund stehen.

Ich darf Ihnen, Ihrem Team, dem Präsidenten Vesko, aber auch meinem Regierungskollegen Landesrat Schmid danken für die Hilfe, ich sage jetzt bewußt „für die Hilfe“, weil es ein Weg war, der auch für die Kollegen nicht ganz einfach war. Es hat keinen Pakt gegeben.

Ich möchte mich bei den Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion dafür bedanken, daß es ein grundsätzliches und ein ausdrückliches „Ja“ für die Arbeit in den kommenden Jahren gibt. Es wird sicher nicht immer alles konfliktfrei ablaufen, aber wir werden miteinander reden, und wir werden diese Verantwortung gemeinsam annehmen, und ich bin überzeugt, daß es gut geht.

Die zwei neuen Fraktionen – ich freue mich auch über die Kombination zwei Damen, zwei Herren – haben ihre Aussage hier vorne am Pult getroffen. Ich bedanke mich auch für jene zwei Stimmen, wer immer sie mir gegeben hat.

Ich darf Ihnen versprechen, ich sehe die Aufgabe eines Landeshauptmannes darin, offen zu sein und

auch eine Anlaufstelle zu sein für jene, die nicht in dieser Stärke in diesem Haus vertreten sind.

Die kommenden Jahre werden uns einige Hürden aufgeben, aber sie werden uns auch Erfolge bringen.

Es liegt an uns: Reden und Handeln, es wird verbinden.

Unser Landeshauptmann Josef Krainer hat sich vor zirka einer Stunde hier an diesem Pult verabschiedet, und Sie werden verstehen, wenn auch ich in dieser Stunde zu ihm etwas sagen möchte, weil es mir auch ein inneres Anliegen ist.

Bei der Regierungserklärung Josef Krainers 1980 gab es den Satz: „Im Miteinander können wir sehr, sehr viel mehr erreichen als im Gegeneinander.“

Sein Amtsantritt erfolgte in schwieriger Zeit, und es hat gerade auch in diesen 15 Jahren im Land sehr vieles an Problemen und Krisen zu bewältigen gegeben. Der Grundsatz des Miteinander und nicht Gegeneinander wurde gelebt, und es wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht.

Zu mir hat Landeshauptmann Josef Krainer gesagt: „Mach es gut, es ist unsere Heimat!“

Und ich sage gerade heute und gerade jetzt in dieser Stunde mit Stolz, daß durch Jahrzehnte Hände Josef Krainers – zuerst des Vaters, dann über Friedrich Niederl, die des Sohnes Josef Krainer – dieses Land geprägt und gestaltet haben. Mit der Hilfe vieler Menschen, viele sind heute und in dieser Stunde auch in diesem Raum.

Das Ergebnis leben wir. Eine Steiermark in Frieden, eine Steiermark, auf die wir stolz sein dürfen, in der es aber natürlich unendlich viel Arbeit – auch für die Zukunft – gibt.

Ich danke unserem Landeshauptmann, aber ich danke in dieser Stunde auch vor allem seiner Frau und seiner Familie.

Es wird oft so leicht gesagt, man dankt dem Partner, weil er Rücksicht nimmt. Ich glaube, es ist für einen Partner immer viel mehr als das Rücksichtnehmen. Es ist das Mittragen, das Mitempfinden, das Mitleiden und auch das Spüren. Denn für ihn wird ja nicht das Amt angesprochen, sondern sein Lebenspartner. Diese Unterscheidung ist nicht einfach.

Und in diesem Sinne danke ich Frau Rosemarie Krainer und ihrer Familie, daß sie uns so sehr dabei geholfen hat und in schwierigen Zeiten ihrem Mann selbstverständlich zur Seite gestanden ist. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte einiges über unsere Steiermark, über unser Umfeld sagen; vieles davon wäre vor einigen Jahren undenkbar gewesen.

Es haben sich die Grenzen geöffnet, Europa wächst zusammen, und Österreich hat heuer die Millenniums-feiern.

Das ist Grundsatz, daß wir sehr wohl über die Vergangenheit nachdenken, daß wir aber alles tun müssen, um für die Gegenwart und für die Zukunft Erreichtes zu erhalten.

Wir wollen und wir müssen anders haushalten in diesem Land. Im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

Wir wollen verändern, müssen dabei sparen, müssen aber auch investieren, damit es keinen Stopp

gibt. Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die nächste Generation, unsere Kinder, unsere Enkelkinder, die zum Teil hier im Raum sind, nicht die Last tragen müssen, die wir verschulden.

Eines muß uns auch klar sein. Der Wettbewerb, die Konkurrenz ist größer geworden. Auf dem Weltmarkt haben wir nicht nur Europa, wir spüren die Konkurrenz an den Grenzen Europas.

Das heißt, es muß auch eine andere Form des Arbeitsstils geben. Selbstverantwortung muß sich entfalten können, die Selbstverantwortung des einzelnen in einer Welt des offenen Handelns, offener Grenzen, weltweiter Kommunikation.

Heute konkurrieren Kulturen und Lebensstile, und es ist vor allem auch darüber nachzudenken, welchen Arbeitsethos unsere Zukunft erfordern und bringen wird.

Wir brauchen in unseren Köpfen neue Phantasie, wir brauchen neue Kreativität und eine neue Leistungsbereitschaft, das Wort „Leistungsbereitschaft“ stelle ich in den Vordergrund.

Es geht dabei aber auch um unsere innere Einstellung zum Leben, zur Arbeit, zu unserer persönlichen Verantwortung in der Familie, in Gesellschaft und Staat. Es ist ein Aufbruch, aber ein Aufbruch in den Köpfen. Bei diesem Aufbruch darf niemand abseits stehen.

Ich werde mich sehr bemühen und habe es immer getan – auch in den vergangenen Jahren –, in vielen Fragen ein Miteinander zu erreichen. Ein Miteinander hier in diesem Hohen Haus, ein Miteinander in der Landesregierung und vor allem auch ein Miteinander mit Bund, Städten, Gemeinden und Regionen.

Ich wünsche mir mitzuhelfen, das „Unternehmen Steiermark“ so zu führen, daß sich auch die „Familie Steiermark“ wohlfühlen kann. Das bedeutet einen langen Weg mit kleinen Schritten.

Meine Vorstellungen von und für die Steiermark umfassen in erster Linie fünf Schwerpunkte, die mir in den nächsten Jahren am Herzen liegen. Zuerst ein Überblick:

An der Spitze steht das Thema Arbeit (Arbeitnehmer, Unternehmer, Bauern), ebenso wichtig ist für mich die Familie, und dazu zähle ich alle Anliegen der Menschen, also auch der Kinder, der Frauen und der älteren Menschen, alles, was zum Umfeld des Menschen gehört: also Bildung, Gesundheit, Kultur, Sicherheit durch inneren Frieden für unser Land und für unsere Zukunft im gemeinsamen Europa, ein solides Budget durch vernünftiges Haushalten als Grundlage für eine moderne, kostenbewußte und bürgerfreundliche Verwaltung.

Um beim Arbeitsplatz zu bleiben – es ist das Hauptthema und das Hauptanliegen der nächsten Jahre, das uns noch lange begleiten wird.

Arbeit ist nicht nur Broterwerb, Arbeit ist natürlich Voraussetzung für Einkommen, aber Arbeit ist auch Würde des Menschen: Er soll das Gefühl haben, sein Leben hat einen Sinn.

Und wenn wir wissen, daß wir in unserem Land an die 50.000 Menschen ohne Arbeit haben, dann sind das 50.000 Einzelschicksale mit ihren Familien. Dabei weiß man sicher auch, daß es welche gibt, die arbeiten

könnten, aber daß es viele gibt, die keine Möglichkeit dazu haben.

Wir haben für ein soziales Netz und für soziale Sicherheit zu sorgen für jene, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten können.

Wir haben bereit zu sein, alles zu tun, daß es eine gerechte Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung geben kann, und es muß uns gleichzeitig bewußt sein, daß jeder Schilling, den wir ausgeben, vorher verdient werden muß.

Arbeitsplätze wollen wir schaffen und festigen, in vielen Bereichen. Auf der einen Seite in den Unternehmen unseres Landes, aber auch Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, oder jene Arbeitsplätze, die mit der Umwelt zu tun haben, in der Infrastruktur, in der Technologie und im Dienstleistungsbereich sind wichtig.

Sie bedürfen aber einer großen Voraussetzung, daß wir die Chance haben, alles, was uns an Bildungsangebot zur Verfügung steht, nutzen zu können.

Wir werden in unserer Gemeinschaft einen neuen Wirtschaftslandesrat haben. Das Wirtschaftsressort ist ein Ressort, das ich mit viel Freude in diesen letzten siebeneinhalb Jahren geführt habe, und ich wünsche unserem kommenden neuen Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl – ihm und natürlich auch uns – viel Erfolg. (Allgemeiner Beifall.)

Dipl.-Ing. Paierl hat mir gesagt, er geht von einem ganz einfachen Grundsatz aus: Es sollen Erträge erwirtschaftet werden, unternehmerische Initiativen unterstützt werden.

Wir haben Unternehmer in diesem Land, große und kleine mit Weltruf, junge Unternehmer, und wir haben vor allem im Zeitalter der Telekommunikation neue Chancen.

Das Beste, das Wichtigste, ja ich möchte überhaupt sagen, der Rohstoff, den wir in diesem Land haben, der durch nichts zu ersetzen ist, sind die fleißigen und die begabten Menschen, die Wissen haben und Talente haben, die diese einsetzen und die sie auch weitervermitteln. Und das ist wichtig, daß nicht jeder sagt, ich kann es, und es interessiert ihn nicht, ob es dann nach ihm gut weitergeht.

Arbeitslosigkeit ist aber auch – und das möchte ich ansprechen – für viele eine große Belastung. Wenn Ihnen jemand erzählt, daß er hingeht und in sein Berufsbild, in die Spalte – welches Formular immer er ausfüllt – Beruf „arbeitslos“ schreiben muß, dann muß man das auch bedenken und muß man wissen, daß man hier Hilfestellung zu geben hat.

Die Zukunft braucht neue Ansätze, wir müssen eine weitere Umstrukturierung vornehmen. Es ist ja auch schon in den letzten Jahrzehnten notwendig gewesen, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich danke in diesem Zusammenhang vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die diese Arbeitsplätze gehalten haben.

Ich denke an Menschen, die zum Beispiel nicht nur mit Arbeitslosigkeit, sondern auch mit der Saisonarbeitslosigkeit konfrontiert sind, ich denke an die Leitbetriebe, die wir brauchen, um gut weiterzukommen.

Die Arbeitswelt hat einen Quantensprung gemacht. Weniger Menschen fertigen mit besseren Maschinen nicht nur mehr, sondern auch bessere Produkte. Das führt zu neuen Arbeitsformen, die auf Teamgeist, Kreativität und mehr Selbständigkeit des einzelnen in Unternehmen setzen.

Das ist auch eine Arbeitsform, von der ich glaube, daß sie für uns in diesem Haus, im Landtag und in der Regierung wichtig ist, Teamgeist und Kreativität, miteinander etwas wollen.

Die Entwicklung gerade in unserem Lande Steiermark vom Industrie- und Agrarland zum High-Tech-Land in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist die Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand und auch für soziale Leistungsfähigkeit in der Zukunft. Und was hat sich denn nicht in diesem Jahrhundert alles geändert, wozu wir Mut und viel Kraft gebraucht haben, starke Muskeln, dazu braucht man im Zeitalter des Computers gute Nerven, um mit den neuen Situationen fertig zu werden.

Wir wissen aber auch, daß Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen werden, von Menschen, die bereit sind, Risiko und Verantwortung auf sich zu nehmen.

Und wir in der Politik haben in erster Linie für die Rahmenbedingungen zu sorgen. Das ist unsere Aufgabe, das gilt für die Mitarbeiter und für die Unternehmensgründer.

Wir haben ein Wirtschaftsleitbild und ein Technologiekonzept fertiggestellt. Es wird umgesetzt werden, aber ich möchte noch einmal dazusagen, daß es dabei einer Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, aber vor allem auch einer Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive bedarf. Miteinander werden wir es schaffen.

Die Landwirtschaft zählt bei mir zur Wirtschaft. Wir setzen auch hier auf Innovation. Der bäuerliche leistungsfähige Familienbetrieb im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb ist ein fester Bestandteil unseres Landes. Tradition und Kultur der Steiermark wären ohne unsere selbständigen Landwirte nicht denkbar.

Ich trete deshalb ein für die Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft als Grundlage für den „Arbeitsplatz Landwirtschaft“, für eine wettbewerbsentsprechende Umstrukturierung und für die Sicherstellung der Finanzierung der Agrarförderung, so wie sie im Rahmen der EU ausgemacht wurde.

Eine ganz besonders wichtige Voraussetzung ist es aber auch, Rohstoffe zu veredeln. Ich nenne die Holzwirtschaft.

Eine andere Aufgabe ist die Nachwuchsförderung, also die Betreuung der Jugend vor allem auch im Bildungsbereich der Landwirtschaft. Und Erich Pörtl wird in der bewährten Form und in diesem Sinne gerne und gut weiterarbeiten.

Wir achten unsere Umwelt und Mitwelt als die uns anvertraute Schöpfung. In Anerkennung der Natur als unsere Lebensgrundlage und aus Achtung vor der Natur fasse ich in einem kurzen Satz zusammen: Die Umwelt braucht die Menschen nicht, aber der Mensch braucht die Umwelt. Das muß uns täglich bewußt sein.

Und wenn wir die Möglichkeit haben, im Land herumzufahren, das Land gut kennenzulernen, dann wissen wir, was es bedeutet, daß es Landschaftspflege

gibt. Stellen Sie sich vor, wie unsere Wiesen und Hänge, wie unsere Berge und Täler ausschauen würden, wenn es diese Landschaftspflege nicht gäbe.

Als Tourismusreferentin konnte ich immer von der Schönheit und Vielfalt dieses Landes erzählen. Kein Kaufmann würde sein Betriebskapital so verbrauchen.

Um beim Tourismus zu bleiben – nachdem dieses Ressort nun in die Verantwortlichkeit von Gerhard Hirschmann kommt –, möchte ich allen Mitarbeitern für das, was an Vorarbeit und was an begleitender Hilfe in diesen letzten Jahren geschehen ist, sehr, sehr herzlich danken.

Es ist eine positive Entwicklung gewesen, mit schwierigen Begleiterscheinungen. Aber wir haben auch ein Geschenk, das wir zu verwalten und zu erhalten haben: unser Land.

Und wenn die Inlandsgäste in der Steiermark 60 Prozent ausmachen, dann weiß man, daß die Österreicher wissen, wo sie hinfahren wollen. Die Betriebe leisten viel. Wenn Graz jetzt den Slogan „Heimliche Liebe“ verwendet, dann möchte ich in Anlehnung dazu für die ganze Steiermark sagen: Das Grüne Herz ist ein Geheimtip geworden.

Das Tourismusförderungsgesetz konnten wir in der letzten Periode beschließen. Vielleicht ist das eine oder das andere zu ändern. Aber vor allem wünsche ich meinem Freund Dr. Gerhard Hirschmann für dieses Zukunfts- und Freizeitressort alles Gute. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Auch in der Infrastruktur glaube ich, eine gute Übergabebilanz ziehen zu können, und ich möchte auch in diesem Zusammenhang den Dank an die Mitarbeiter sagen.

Es ist in diesen Fragen nicht immer ganz einfach, Straße oder Schiene oder Verkehrsverbund, Straßenerhaltung oder Verkehrssicherheit. Es gibt vieles zu tun, und es sind nicht immer Blumen oder Lorbeeren zu verdienen, aber die Grundlagen sind gut aufbereitet.

Wir haben eine Neuauflage des Gesamtverkehrsprogrammes vor uns. Das Schwerpunktprogramm „Attraktiver öffentlicher Verkehr“ ist in den Grundlagen vorbereitet, und wir können es auch nur gemeinsam umsetzen. Die großen Anliegen sind formuliert, auch wenn es immer wieder jemanden gibt, der meint, das eine oder andere will ich nicht.

Einer der Schwerpunkte, welcher mir besonders viel Freude gemacht hat, war das Thema Verkehrssicherheit. Und wenn es heute ein Fahrtechnikzentrum gibt, wo sich neue Führerscheinbesitzer eigentlich erproben können – auch den Älteren ist es zu empfehlen –, in Spielberg, dann ist das ein guter Weg in die Zukunft und, wie ich glaube, auch eine richtige Entscheidung gewesen.

Ich kann in diesem Sinne ein geordnetes Haus, ein geordnetes Ressort mit qualifiziertesten Mitarbeitern weitergeben. Alles Gute für die Zukunft all jenen, die dort Verantwortung tragen.

Das Urvertrauen der Menschen beginnt in der Familie. Dort erfährt man doch das erste Mal Gemeinschaft und Solidarität. Man sucht Geborgenheit in der Familie. Dort vollzieht sich auch der Brückenschlag zwischen den Generationen. Wir haben aber auch oft

das Gefühl, daß einzelne Gruppen und Familien mit mehr Kindern mehrfach benachteiligt sind.

Wir brauchen ein Netzwerk, das Familie und Beruf umfaßt. Ich sage bewußt: Familie und Beruf umfaßt.

Und wir müssen in diesem Zusammenhang auch unserer Jugend mehr Orientierung geben. Wir müssen unseren jungen Menschen sagen, und das brauchen sie von Anfang an: „Verschafft euch Kompetenz, arbeitet und lernt, damit ihr möglichst viel Fachkenntnis erlangt und eure künftigen Verantwortungsbereiche zu Recht ausfüllen könnt.“

Das ist ein Aufruf und ein Anruf an die Eltern, und das ist gleichzeitig auch die Chance für die Zukunft.

Wenn die Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau als Wahlfreiheit angesprochen ist und wenn es solche Ziele und auch gesetzliche Formen gibt, dann weiß ich, daß auch in unserer Landesverwaltung ein modellhafter Schritt angeboten ist, der versprochen wurde vor der Wahl und von Gerhard Hirschmann nach der Wahl ganz sicher eingehalten wird.

Was ich mir aber selbst zum Ziel setze, gemeinsam mit allen, die das mittragen, ist eine flächendeckende Kinderbetreuung als Ziel bis zum Jahr 2000. Und zwar nicht zwingend, aber jede Mutter, die es braucht, und jede Mutter, die es will, soll die Möglichkeit haben, einen Kinderbetreuungsplatz zu finden.

Da gibt es neben dem Kindergarten die Tagesmutter, die private Kindergruppe, die Kinderkrippe, den Oma-Opa-Dienst oder auch Nachbarschaftsdienste. Ich glaube, da müssen wir mehr zusammenrücken. Nicht ein Kind an einen Kinderbetreuungsplatz geben müssen, aber jenen, die es brauchen, die Hilfestellung dafür geben.

Gesundheit ist wohl das höchste Gut des Menschen. Ich glaube, man sollte zusammenfassen und sagen: Gesundheit darf nicht von der sozialen Stellung des einzelnen oder vom Einkommen abhängen.

Wir müssen zusammenhelfen, daß das Gesundheitswesen jedem offensteht, auch in Zukunft, ob arm oder reich, ob jung oder alt, und wenn ich sage alt, dann muß uns bewußt sein, daß wir in einer Zeit leben, in der vier bis fünf Generationen zur selben Zeit leben.

Wir freuen uns über die höhere Lebenserwartung. Wir haben aber auch alles zu tun, daß diese Lebenserwartung gesund erreicht wird.

Damit bin ich auch schon beim älteren Menschen. Zum Miteinander in der Gesellschaft gehört für mich die Achtung vor dem älteren Menschen, der Respekt vor der älteren Generation.

Das gilt für die Familien, das gilt aber auch für die vielen Gruppen, die sich im Land vor allem um die Senioren bemühen, daß wir daran arbeiten sollten, langfristig finanzierbare Pflegemodelle zu haben, aber auch die Eigenverantwortlichkeit und die Eigenentscheidung der älteren Menschen nicht via Erlaß oder anderer Eingriffe einfach vorwegzunehmen. Da haben wir vorzusorgen. Das ist das Recht des einzelnen Menschen.

Und wir haben eine andere Gruppe, die wir ansprechen wollen und die ich gerade in dieser Stunde auch nennen möchte. Das sind jene, die nicht das Glück haben, so gesund zu sein wie wir. Die sich nicht so leicht fortbewegen können, die behindert sind, die

aber dann auch bereit sind, anderen Vorbildfunktion abzugeben.

Und wenn wir in unseren Reihen Annemarie Wicher als Abgeordnete haben, dann freue ich mich darüber, weil ich weiß, daß es dir ein Anliegen ist, jene Forderungen, an denen wir schon vor vielen Jahren miteinander gearbeitet haben, zum Beispiel behindertengerechtes Bauen, dort, wo's hingehört, in diesem Haus einzubringen und umzusetzen. Auch hast du uns aus deiner persönlichen Erfahrung manches zu sagen, das wir, die wir das Glück haben, gesund zu sein, manchmal nicht so leicht verstehen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich weiß von vielen Aussagen des zuständigen Referenten und von uns allen, daß wir uns wünschen, daß die Wohnungen auf der einen Seite erschwinglich und gleichzeitig auch für die öffentliche Hand finanzierbar sein müssen.

Junge Familien brauchen Wohnungen. Alten- und behindertengerechte Wohnungen muß es geben, aber auch Modelle, in denen sich mehrere Generationen nahe sind, um sich gegenseitig Hilfeleistung zu geben. Das ist ein Ziel, die Arbeit daran wurde zum Teil begonnen, ist aber ganz sicher fortzusetzen.

Bildung ist die Grundlage für das Wissen von morgen. Man kann viele Ziele nennen, von der Durchlässigkeit des Schulsystems bis zur Integration behinderter Kinder und Jugendlicher, von einer Bildungsschiene für praktisch Begabte bis zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Bei den Weiterbildungsmöglichkeiten möchte ich ganz kurz innehalten und sagen: Weiterbildungsmöglichkeit kann einem auch oft durch die Chance des praktischen Lebens geschenkt werden. Ich weiß, wovon ich rede.

Wir haben aber auch alles zu tun, um den Lehrlingen in unseren Berufsschulen zu vermitteln, daß die Arbeit mit der Hand einen Stellenwert hat, daß das Ausbauprogramm von uns gemeinsam fortgesetzt wird und diese Schulen dann auch als „regionale Bildungszentren“ offenstehen.

Die Internationalität muß weiter gefördert werden durch Forcierung von Euro-Gymnasien und so weiter.

Die Fachhochschulen haben ihre Lehrgänge begonnen. Sie sind nun wieder im Ressort des Kollegen Schachner. Wir wissen, daß ihm das sehr viel Freude macht, und ich hoffe, daß diese Studiengänge sich gut entwickeln. Wir werden vor Ende dieser Landtagsperiode noch die ersten Abschlüsse haben, und wir werden an diesen Studiengängen dann ersehen können, daß wir gemeinsam jungen Leuten eine internationale Chance anbieten können.

Die Natur ist eine Quelle des Nachdenkens und der Inspiration für uns alle. Über den Alltag hinaus. Es geht darum, Begabungen zu fördern und Talente zu leben. In allen Richtungen. In Klassik und Avantgarde, in Volkskultur und Brauchtum ebenso wie in der Moderne.

Kultur erfordert Toleranz des einzelnen. Und gerade die Kultur lebt vom persönlichen Einsatz und von der Begeisterung. In einer Zeit knapper Finanzmittel kommt dem privaten, freiwilligen Engagement eine besondere Bedeutung zu.

Für uns ist es aber auch wichtig, über die Breite des kulturellen Angebots zu reden. Sie umfaßt auch die Museumslandschaft, die Landesausstellungen, die Volksmusik, die Gesangs-, Trachten- und Schützenvereine sowie alle Einrichtungen, die sich um Brauchtum verdient machen.

Über die geordnete Ressortzuständigkeit hinausgehend, will ich ein Forum Steiermark ins Leben rufen, in dem Menschen aus Kultur, Wirtschaft und Politik gemeinsam neue steirische Wege suchen.

Sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport hat die Steiermark eine gute Position. Man kann sagen, wir haben auch eine Tradition und einen guten Ruf in der Welt, wenn es um die Austragung oder die Vorbereitung von Sportveranstaltungen, wie Weltmeisterschaften, Europameisterschaften, ja überhaupt internationaler Veranstaltungen geht. Das sind wichtige Impulse für den sportlichen, für den touristischen und wirtschaftlichen Sektor.

Gerhard Hirschmann wird sich darum weiter kümmern, da damit auch sehr, sehr viele Arbeitsplätze verbunden sind.

Ein anderes Thema ist für mich die Sicherheit. Zur Sicherheit zähle ich sehr viel. Einerseits den Schutz der eigenen Rechte jedes einzelnen, andererseits auch Sicherheit für die Zukunft.

Jedes Bundesland muß deshalb auch eine aktive Sicherheitspolitik ausüben.

Ich glaube, wenn wir sagen können, daß wir uns sicher fühlen, dann müssen wir in einer solchen Stunde die Einsatzorganisationen unseres Landes ansprechen: Undenkbar wäre es, hätten wir keine freiwilligen Helfer, hätten wir keine freiwillige Feuerwehr, hätten wir kein Rotes Kreuz, hätten wir keine Bergrettung und so weiter, ich schließe hier alle Einsatzorganisationen ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Es geht um die Freiwilligkeit und um die Menschlichkeit. Ohne sie wäre unser Land um vieles ärmer.

Und weil angesprochen wurde, hier am Rednerpult, wie es im Budget und im Landeshaushalt weitergeht.

Wohlstand und soziale Sicherheit sind im Vergleich zu anderen Staaten in unserem Land hoch. Das sollte man sagen, obwohl wir wissen, daß wir Sorgen haben.

Das sollte man sagen, wenn es jetzt zu einer neuen Diskussion kommt, daß Mittel anders eingesetzt werden, damit Menschen – die einen haben einen Arbeitsplatz, die anderen brauchen einen – zusammenfinden. Wenn wir wissen, daß Familien mit Kindern und Familien ohne Kinder, aber auch Gemeinden und Staat künftig stärker um das Verfügbare ringen werden. Es wird auch möglich sein, anders hauszuhalten.

Unser Ziel ist eine mittelfristige Budgetkonsolidierung und eine langfristige Budgetsanierung. Darüber hinaus bin ich überzeugt, daß wir zu einem Gesamtkonzept kommen müssen, das auch Privatisierung und Neuregelung im Finanzausgleich bedeuten wird.

Ich sage gleich dazu, wenn ich eine „Neuregelung im Finanzausgleich“ anspreche, dann meine ich nicht immer nur Bund und Bundesregierung, sondern ich meine auch das faire Miteinander-Umgehen zwischen den Bundesländern.

Und wenn wir „Wien“ sagen, meinen wir nicht ausschließlich die Bundesregierung, sondern auch das

Nachdenken darüber, wie der Verteilungsschlüssel aussieht zwischen einem Bundesland Wien, einer großflächigen Stadt, und einem Bundesland wie der Steiermark mit Bergen und Tälern, ob die Mittel gerecht aufgeteilt sind.

Das ist nicht ganz einfach, aber der Finanzreferent hat uns in dieser Frage an seiner Seite. Wir werden ihn bei seinen Vorhaben voll und ganz unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Für die Stadt Graz und für die Nachbargemeinden, das heißt für die Region Graz, kann ich mir dieses Zukunftsprogramm, von dem gesprochen wird, in einem Zukunftsvertrag gut vorstellen. Wir werden diesen Weg beschreiten, und es werden sich die Verantwortlichen zusammensetzen.

Beim Stichwort der Verantwortlichen bin ich auch schon bei jenen, von denen man manchmal leichtfertig sagt „na ja, die Beamten“.

Wir haben in der steirischen Landesverwaltung durchaus tüchtige Beamte und Bedienstete, die gerne ihren Dienst verrichten. Sie sind in weiten Bereichen auch Partner der Kollegen hier im Landtag und in der Regierung und sind auch Partner, wenn es um Kostenbewußtsein und Effizienz oder um Bürgernähe und Motivation geht.

Und in diesem Sinne werden wir das begonnene Programm der Verwaltungsinnovation miteinschließen, wenn wir das Unternehmenskonzept „Firma Land Steiermark“ umsetzen wollen.

Man kann sagen, es gibt einiges an Gesetzen, einiges an Wiederverlautbarungen, bei denen man sich fragt, wie man sich noch auskennen soll.

Deshalb ist es mir persönlich ein wichtiges Anliegen, daß Gesetze auch verständlich sind. Sie bestehen oft noch aus Vorschriften aus dem vorigen Jahrhundert. Es gibt jedoch auch viele Ansätze im Positiven.

Demokratiereform und Föderalismus sind auch ein Thema, das in dieser Periode angesprochen werden muß.

Von der Briefwahl bis zur Geschäftsordnung im Landtag, von der Parteienförderung bis zur Ämterentflechtung.

Wir müssen uns etwas trauen, wir müssen uns etwas zutrauen, aber wir müssen auch Vertrauen rechtfertigen.

Ich wünsche mir eine Stärkung der Länderrechte. In einer bundesweiten Diskussion gab es immer wieder das Wort der Bundesstaatsreform und der Föderalismusreform. Das heißt, das Land Steiermark, die Bundesländer sollten stärker mitreden und vor allem mitentscheiden können, wenn es um ihre Kompetenzen geht.

Und nun zu einem Thema, das einige Male angesprochen wurde, zu dem ich ausdrücklich und klar auch etwas sagen möchte: Geschichte, Erfahrungen der Vergangenheit für die Zukunft nützen.

Wir müssen aus unserer Geschichte unsere Lehren für die Gegenwart und Zukunft ziehen und diese auch gestalten. Ein ganz besonders wichtiger Grundsatz für mich ist es, niemanden pauschal zu verurteilen, mit Worten behutsam umzugehen, eigene und fremde Vorurteile abzubauen, niemanden auszugrenzen,

Toleranz zu üben und Mitmenschlichkeit zu fördern, die Mitte zu suchen und zu stärken. Jeder von uns soll bei sich selbst beginnen. Auch das gehört zum neuen steirischen Miteinander, für das ich werbe.

Der Grazer Professor Stefan Karner, der zum österreichischen Wissenschaftler des Jahres 1995 gewählt wurde, hat dieses Thema angesprochen und hat gesagt, es sei weder eine kollektive Schuld, noch eine kollektive Unschuld aufrechtzuerhalten.

Ich werde mich bemühen, Stefan Karner für die Aufgabe zu gewinnen, die österreichische Zeitgeschichte weiter aufzuarbeiten, aber in einer seriösen Zeitspanne und in einer nicht oberflächlichen Form.

Dies soll nämlich im Interesse der Jugend erfolgen, der wir die Werte des Lebens vermitteln wollen, um ein Abgleiten in falsche Einschätzungen oder Vorurteile verhindern zu können. Es ist eine Aufgabe, die nicht in wenigen Tagen vor der Wahl in eine Verantwortungsposition erfolgen kann. – Und das war meine Aussage. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich selbst habe mich entschlossen, in der Politik mit dabei zu sein, weil man dem Nächsten helfen kann und um Verantwortung zu übernehmen. Dazu habe ich im Laufe meines Lebens viele Möglichkeiten gehabt.

Ich möchte Politik so sehen, daß wir uns davor nicht zu fürchten brauchen, denn sie schließt vor allem auch das Gefühl der Gerechtigkeit und der Liebe zum Menschen ein.

Ich kenne unendlich viele Menschen, die bereit sind, in karitativen Organisationen oder wo immer mitzuhelfen, aber gleichzeitig dazu sagen: „Mit Politik gebe ich mich nicht ab.“

Was ist aber Menschenrecht ohne Politik? Ich glaube, wir müssen es verbinden, und wir sollten auch jene Gruppen zusammenführen, die sich tagtäglich bemühen. Wir sollten ihnen das Gefühl geben, daß sie von uns begleitet, anerkannt werden und daß wir ihnen dankbar für ihre Leistungen sind.

Und beim Dankbarsein sage ich auch dazu: Ich habe dankbar zu sein für vieles im Leben, das manch andere als selbstverständlich betrachten.

Ich habe es nicht gelernt, sondern ich mußte es einfach: oft verzichten! Es hat mir nicht geschadet. Aber ich habe seit 25 Jahren, die ich in der Politik bin, die Chance erhalten, helfen zu können. War es zu Beginn die Arbeit in der Gemeinde, so war es dann später die Arbeit mit den und für die Frauen. In diesem Zusammenhang nenne ich einen, einzigen Namen stellvertretend für viele. Sie ist nicht mehr unter uns: Edda Egger.

Und ich habe dabei noch das Glück gehabt, Menschen zu begegnen, die schwere Schicksale haben, aber auch konfrontiert zu sein mit großem Leid und mit Armut.

Ich habe seit dem Jahre 1974 die Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen in diesem Land selbst mitgetragen, bis vor drei Jahren, und habe diese Aufgabe dann weitergegeben. Ich übe diese Tätigkeit jetzt als Bundesleiterin aus. Das heißt, die täglichen oder die ständigen Hausbesuche sind nicht möglich. Sie fehlen mir eigentlich, aber ich habe trotzdem Schicksale erleben und miterleben dürfen und mittragen können.

Ich werde mir diese Aufgabe auch in Zukunft behalten. Sie ist eine ehrenamtliche.

Die SOS-Kinderdorfgemeinschaft Steiermark sagt mir auch ganz etwas Besonderes. Ich bin dort seit zirka 15 Jahren tätig und darf dazusagen, ich lade Sie alle ein, die Gelegenheit zu nutzen, einfach die Kinder einmal dort zu besuchen und zu erleben, was für diese Kinder Heimat und Familie bedeutet.

Und aus der Verantwortung für ein Pflegeheim in Graz, das einmal ein Altersheim gewesen ist, weiß ich auch, was es bedeutet, alt und und hilflos zu werden.

Dies sind alles Erfahrungen, neben unendlich vielen menschlichen Begegnungen, die ich haben durfte, die für mich ein Reichtum, ja ich möchte sagen, ein Schatz sind und die mir Kraft für meine Arbeit geben.

Ich werde mich deshalb ganz besonders bemühen, da zu sein, für die Menschen in unserem Land angreifbar zu sein, offen zu sein für Ideen und Probleme, die Anliegen der Bevölkerung wirklich wahrzunehmen, heiße Eisen nicht wegzuschieben, sondern anzugreifen.

Nicht große Worte machen. Ich habe zu arbeiten gelernt, und ich arbeite gerne. Es geht mir um die Aufrichtigkeit, um Verständnis, Geduld, um Herz und um einen anderen Ton in der Politik. Es ist nicht immer wichtig, wer welchen Vorschlag gemacht hat, sondern wie gut er ist. Und was das Bessere für unser Land ist, das wollen wir tun.

Bei Fehlern muß man auch die Bereitschaft zeigen, aus ihnen zu lernen und diese zu korrigieren. Ich glaube, vom politischen Stil her sagen zu können, daß bei allem Übereinkommen und Nichtübereinkommen auch die Verhandlungen für diese Regierungsbildung im sachlichen Teil, aber auch im menschlichen Teil erfreulicherweise von diesem Stil geprägt waren.

Wir wollen gemeinsam den Weg in die steirische Zukunft gehen.

Grundvoraussetzung für eine gute Politik ist aber: Gerne arbeiten, die Menschen gernhaben, aufeinander zugehen, fleißig sein, positiv denken. Von mir selber habe ich immer gesagt, wenn es ganz schwer war: Ich bin ein realistischer Optimist!

Es wird nirgends ein Patentrezept geben und kein Allheilmittel, aber es gibt auch nicht nur um kurzfristige Strohfeuer, sondern wir haben langfristig in diesem Land zu gestalten und zu arbeiten.

Es gibt keinen Fahrplan mit Abfahrts- und Ankunftszeiten, sondern wir müssen die Weichen stellen, damit die Richtung stimmt.

Es ist schön, für dieses Land und mit den Menschen dieses Landes arbeiten zu dürfen und arbeiten zu können.

Tun wir es für unsere Steiermark, in dieser Gesetzgebungsperiode, die über die Jahrtausendwende hinausreicht. Ich bitte Sie alle, helfen Sie mit für unser Land, arbeiten Sie mit uns mit.

Unsere Arbeit ist eine Aufgabe, die uns verbindet.

Ich möchte Ihnen zum Schluß ein Zitat aus einem Brief, den ich in den letzten Tagen bekommen habe, vorlesen, welches eigentlich alles enthält, die Lebenschance, das Lebensziel, das wir brauchen.

Es ist vom Pfarrer Raimund Ochabauer aus Pöllau – er schreibt mir: „Wir haben die Aufgabe, die Lebens-

freude der Menschen zu fördern. Wenn aus verschiedenen Bausteinen zusammengesetzt dazu wirtschaftlicher Erfolg spürbar wird und eine Region, ein Land vom Arbeitsmarkt her halbwegs durchatmen kann, dann geht es uns auch in allen staatstragenden Institutionen wieder besser. Und da, mitten drinnen, steht für mich der Auftrag und die Sendung der Kirche und der Politik in der Welt von heute. In diesem Heute leben und wirken wir."

Ich sage zum Schluß: Für dieses Ziel und mit aller Kraft und Gottes Segen für unsere Steiermark! (Allgemeiner Beifall. – 12.07 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsmitglieder. Die Wahl der Mitglieder der Landesregierung erfolgt einzeln. Die Wahlvorschläge wurden mir bereits überreicht.

Ich werde die Wahl der Mitglieder in folgender Reihenfolge durchführen: erstens DDr. Schachner-Blazizek, zweitens Dipl.-Ing. Michael Schmid, drittens Dr. Gerhard Hirschmann, viertens Ing. Hans-Joachim Ressel, fünftens Erich Pörtl, sechstens Dr. Anna Rieder, siebentens Dipl.-Ing. Herbert Paiarl, achtens Günter Dörflinger.

Wir kommen nun zum Vorschlag, DDr. Schachner-Blazizek zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten, zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 56 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind 19, gültige Stimmen sind 37.

Davon entfielen 37 Stimmen auf DDr. Peter Schachner-Blazizek. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, LIF und Grüne.)

Es wurde daher DDr. Peter Schachner-Blazizek zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn DDr. Peter Schachner-Blazizek zu klären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich ersuche Sie, daß Sie sich auf der Regierungsbank Ihren Platz nehmen, ich darf Sie auch sehr herzlich beglückwünschen zu Ihrer Wahl, und ich

darf Ihnen auch gleich das Wort zu einer Erklärung übergeben.

Am Wort ist Herr DDr. Peter Schachner-Blazizek. Ich ersuche die Damen und Herren im Plenum und im Auditorium um Aufmerksamkeit.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12.20 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei jenen, die mich in die Steiermärkische Landesregierung gewählt haben. Herr Präsident, Hohes Haus, wir haben heute sehr viel von historischer Betrachtung gehört, und ich möchte mich auf einen Teil der historischen Betrachtung beschränken, der untergegangen ist und der vielleicht noch notwendig ist, dargelegt zu werden.

Ich meine nämlich, daß die Österreichische Volkspartei, wenn ich mir ihre Wortmeldungen beim letzten Mal und bei diesem Mal in Erinnerung rufe, den gleichen historischen Fehler macht, den sie 1991 gemacht hat. Auch damals hat sie nach einer schweren Wahlniederlage so getan, als ob nichts geschehen wäre, und es war ihr mühevoll, und zu Recht mühevoll, im nachhinein irgendwann knapp vor den Landtagswahlen, vor dem vorzeitig und mit Mehrheit aufgelösten Landtag und den nachfolgenden Wahlen klarzumachen, daß sie eigentlich keine Mehrheit mehr gehabt hat. Ich glaube, das war ein großer Fehler, der begangen wurde. Und ich meine, Sie begehen denselben Fehler jetzt wieder; denn wenn Sie sich bei jeder Position, die mit Mehrheit erreichbar ist, darauf versteifen, sich auf zweitausend Stimmen zu berufen, dann werden Sie auch damit leben müssen, daß Sie alle Funktionen besetzt haben und so der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, Sie sind es, die in diesem Land das Sagen haben. Es ist nicht meine Sache, aber ich stelle es fest. Die Landesverfassung sieht in unserem Fall, wie der Steiermärkische Landtag nun zusammengesetzt ist, zwei gleich starke Parteien, nämlich mit 21 Mandaten, vor sich. Und das ist ja kein Zufall, daß die Verfassung dieses vorsieht. Wir haben schon den Fall gehabt, wo die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit an Stimmen gehabt hat, aber nicht die Mehrheit an Mandaten, und es gab damals nie eine Diskussion über die Frage von Stimmenmehrheiten. Das bedeutet, Sie berufen sich bei aller Bestellung und bei allen Bestellungen auf zweitausend, exakt zweitausendvierhundert Stimmen mehr als die Sozialdemokratische Partei und denken nicht daran, vielleicht zu überlegen, daß es im Landtag 21 zu 21 steht.

Ich sage noch einmal, das eine oder andere könnte daraus mißinterpretiert werden, und das auch in der Zukunft. Und ich glaube, daß es notwendig ist, diese historische Dimension festzuschreiben, auch und gerade in diesem Hohen Haus, wo wir die nächsten fünf Jahre versuchen werden und versuchen müssen, zu einem anderen Arbeitsstil und zu einem anderen Klima zu kommen. Aber wir vermerken sehr wohl, meine Damen und Herren von der ÖVP – und das ist natürlich schon auch ein Signal –, daß dort, wo es geht, Sie die Mehrheit gemeinsam mit den Freiheitlichen einsetzen, um Ihre Positionen, ob dann tatsächliche Machtpositionen oder nicht, aber auch, wenn es nur Scheinpositionen sind, zu halten und sich so zu präsentieren. Zur Kenntnis genommen!

Was sich die steirische Bevölkerung, die Steirerinnen und Steirer dabei denken, werden Sie selbst vertreten müssen. Ich blicke daher, genauso wie das von Ihrer Seite gesagt wurde, mit großer Zuversicht nicht nur auf die fünf Jahre, sondern auf das, was danach ist. Und ich bin neugierig, wenn es der Sozialdemokratie gelingen wird, auch stimmenstärkste Partei zu werden, worauf Sie sich dann berufen werden. Wahrscheinlich auf die normative Kraft des Faktischen oder auf sonst irgend etwas, vielleicht auf die historische Tradition. Meine Damen und Herren, obwohl dies so ist – das kann schon sein, daß Ihnen das nicht paßt, was ich sage –, haben wir uns im Interesse des Landes dazu verstanden mitzutun, gemeinsam mit Ihnen die Lasten zu tragen. Denn das, was vor uns ist, sind – meine Damen und Herren – Lasten in erster Linie. Und wir hätten uns auch überlegen können, wie das etwa die Bundes-ÖVP tut, uns bitten zu lassen, unentwegt vielleicht Bereitschaft zu haben, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Wir haben das nicht getan.

Kollegin Klasnic hat das schon gesagt, daß die Regierungsverhandlungen – im Gegensatz zu ihren Wortschöpfungen – wie üblich in einem ordentlichen und guten Stil geführt wurden und daß wir beide bemüht waren, uns den Problemen dieses Landes zuzuwenden und auch eine neue Form der Zusammenarbeit zu finden, wobei ich dazusage – und das wissen wir beide –, daß wir so etwas wie einen Vertrauensaufbau brauchen, meine Damen und Herren. Denn vieles an Vertrauen ist in der letzten Legislaturperiode „den Bach hinuntergegangen“, wie man so schön sagt vereinfachend. Das hat uns keine Freude gemacht. Und das hat sich bis in den Wahlkampf hineingezogen. Ich glaube, wir sollten das wirklich im Interesse des Landes vermeiden. Es wurde heute schon gesagt, meine Damen und Herren, das Wort und die Sprache ist das Instrument der Politik. Aber das Wort ist auch eine Waffe. Und wenn das Wort dauerhaft und gewollt als Waffe eingesetzt wird, dann bekommt man – und das spricht ja für das gute Gefühl der Menschen – die Rechnung präsentiert. Es ist daher in unserem Interesse, im Interesse von uns allen, daß wir uns den Fragen des Landes zuwenden. Unser Land ist leider in keinem guten Zustand, auch nicht im Vergleich und gerade nicht im Vergleich mit anderen österreichischen Bundesländern, gleichgültig ob es um Wirtschaftsdaten und Zahlen der Arbeitslosigkeit, die besonders schmerzlich sind, um Infrastrukturfragen und um regionale Disparitäten geht. Es ist ungeheuerlich, wie das Land in Wirklichkeit auseinandergedrückt ist, wie relativ stark und ausgeprägt die Zentren und wie schwach das eigentliche ehemalige und noch immer bedeutsame Agrarland geworden ist. Wir brauchen daher eine gemeinsame Kraftanstrengung und einen geistigen und politischen Kulturschub, um uns diesen schwierigen Aufgaben zu stellen. Und ich glaube, wir haben einen ersten Schritt gesetzt, der durchaus interessant ist: Wir haben nämlich einige wichtige Schlüsselressorts zwischen den Fraktionen der beiden großen Regierungs- und Landtagsparteien verschoben, und ich sage, im Einvernehmen bewußt verschoben. Vielleicht ist das eine Chance für einen neuen Durchbruch und für ein neues Beginnen. Über die Verantwortlichkeit des jeweils anderen zu sprechen ist zwar interessant, aber es ist wahrscheinlich gut, und es tut jedem gut, einmal diesen Verant-

wortungsbereich auch zu übernehmen, damit er sieht, wie es einem geht, wenn man dann wirklich in diesem Punkt gefordert wird. Ich meine also, daß ich einerseits zwar froh bin, das Ressort Wissenschaft und Forschung, mit dem ich mich sehr verbunden fühle, behalten zu haben, aber dort ist sehr, sehr viel geschehen. Man weiß, daß die Grundfragen und die Standortfragen dem Grunde nach gelöst sind, daß es noch weitere Wünsche gibt, denen wir auch näher treten werden, aber daß dort sehr vieles schon geschehen ist. Aber es war uns und mir durchaus ein Anliegen, die Kultur zu übernehmen. Auch deswegen, weil es unsererseits Kritik gegeben hat und weil es auch gut ist, wenn ich Erfahrung mache, wie schwierig es sein wird, dieses Ressort zu führen. Denn Sie alle haben heute schon die Zeitungen gelesen und haben, so wie ich, vermerkt, was die Kulturschaffenden sich so etwa vorstellen und erwarten von mir. Also ich nehme vorweg, daß das weder leicht werden wird, noch, daß ich es mir leicht machen kann. Ich weiß, daß ich mich auf ein ungemein schwieriges Terrain begeben. Aber es ist auch klar, daß Offenheit und Liberalität steirische Kulturpolitik stets geprägt hat und daß das die oberste Maxime der Ressortführung zu sein hat. Wir wissen aber auch, daß es ein erhebliches Auseinandersetzungspotential gegeben hat im Zusammenhang mit dem Trigon-Haus, und ich verrate kein Geheimnis, daß meine erste Vorliebe diesem Teil des kulturpolitischen Verständnisses nicht gilt. Zumal dann nicht, wenn ich weiß, daß im Landesarchiv die alten Werke verkommen, weil sie nicht untergebracht werden können und weil wir im Landesmuseum Joanneum dringlichste Anstrengungen zu unternehmen haben. Für mich gibt es so etwas wie eine Prioritätenliste auch in diesem Bereich. Und wir alle wissen, daß Graz als Stadt der Kultur und als eines der Zentren der Kultur ganz sicherlich eine Einrichtung braucht, diese auch darzustellen. Da werden wir uns finden können. Ein Haus, in dem sich Kultur auch ausstellen, auch zeigen läßt. Ob es die Konzeption ist, die vorliegt, das kann ich noch nicht sagen, aber ich würde es eher verneinen. Jedenfalls das, was die Inhalte betroffen hat, die mir bisher zugänglich waren. Wie in allen Bereichen wird daher auch im Kulturressort es so sein, daß wir Prioritäten setzen müssen, denn alles geht nicht. Wir werden nicht Landesmuseum, Landesarchiv und irgendeinen Neubau zugleich beginnen können. Die Zeiten, wo das geht, sind längst vorbei. Das wird sich in allen anderen Ressorts genauso darstellen wie in diesem. Erich Pörtl und ich haben sehr lange in der Frage einer grundsätzlichen Strukturierung des Schulwesens – ich möchte fast sagen – gerungen, aber freundschaftlich gerungen um die Frage, was machen wir mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen, gerade auch im Verhältnis der Betrachtung der Ausstattung desselben zum Berufsschulwesen. Ich sage, aus Courtoisie und aus Zumutbarkeit haben wir uns letztlich dazu verstanden, dieses Ressort, das auch sachlich in das Agrarressort besser paßt, bei ihm zu belassen. Es wird ihn aber nicht davon befreien, genau wie es auch bei uns ist und wie ich es im Kulturressort schon angedeutet habe, es wird ihm nicht erspart bleiben, die Reformschritte einzuleiten, die notwendig sind.

Denn, meine Damen und Herren, daß wir sparen müssen, zu dem haben wir uns alle bekannt, das haben wir alle immer gesagt. Die Frage, wo und wie

und was ist gerecht und was ist nicht gerecht, das muß jeder einzelne zumindest einmal für sich beantragen und versuchen, Mehrheit oder Konsens herbeizuführen.

Ich glaube also, daß wir in dieser Entscheidung nicht herauslesen können, wie das manche schon getan haben, „aha, dort bleibt alles beim alten“. Nein, auch dort wird sich sehr, sehr vieles zu ändern haben, und es wird die eine oder andere Notwendigkeit in die Richtung des Berufsschulwesens etwa zu gehen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch aufgebürdet, sage ich, das Ressort „Straße und Schiene“ – grosso modo. Wie Sie wissen, da brauche ich der ÖVP wirklich nichts sagen, ein schwieriges Ressort. Auch ein Ressort, mit dem man wahrscheinlich heute nichts mehr politisch ernten kann. Trotzdem glauben wir, in einer Gemeinsamkeit versuchen zu müssen, das eine oder andere, was längst unerträglich geworden ist, nicht nur aufzuarbeiten, sondern auch für die Menschen zu realisieren. Es ist unzumutbar geworden, an manchen Stellen in der Steiermark zu leben. Die Ennstrassensituation und das politische Selbstverständnis, das wir da entwickelt haben, hat den Menschen dort ihre Lebensfreude genommen. Ich halte das für unzumutbar. Es gibt aber auch andere solche Bereiche. Niemand versteht, daß die Semmeringschnellstraße vor dem Paß auf niederösterreichischer Seite endet und daß sich die Kolonnenbildung in die Steiermark hinüberzieht und Spital am Semmering und alles rundherum zutiefst beeinträchtigt. Und wir haben dasselbe in Pernegg und wir haben die Frage der Einbindung in die großen Netze in der Weststeiermark, Köflach, Voitsberg und so weiter.

Ich will damit sagen, wenn es uns gelingt, die eine oder andere Kraftanstrengung gemeinsam zu machen, um etwas zu realisieren, dann ist sehr, sehr viel geschehen. Daß der Verkehrsverbund ganz rasch auf die ganze Steiermark auszudehnen ist, ist keine Frage. Die Vorarbeiten sind sehr weit gediehen. Ich glaube, dem steht nichts im Wege. Vielleicht sollten wir uns noch überlegen im Zusammenhang mit dem Verkehr auch eine übergreifende Koordinationsfunktion in bezug auf Bundesbahn, GKB, GVB und natürlich auch die Landesbahnen zu finden. Vielleicht gibt es hier eine Holdinglösung, die uns zu vernünftigen Ergebnissen bringt, wenigstens was die Koordinierung des Verbundsystems, aber auch dann die Koordinierung von Investitionen ermöglicht.

Meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, daß wir sparen werden müssen. Das, was wir uns in der Nettoneuverschuldung in diesem Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP vorgenommen haben, bedeutet, daß wir uns an Maastricht orientieren und auch zurücknehmen müssen. Und ich sage im Selbstverständnis der beiden Parteien, die dieses Übereinkommen unterschrieben haben, daß wir nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auch unsere Sparmaßnahmen ansetzen müssen. Alles andere wäre politisch nicht durchsetzbar und von vornherein daher zum Scheitern verurteilt. Ich glaube, wir werden da sehr viel Feingefühl und Rücksichtnahme brauchen, um diese Verhältnismäßigkeit tatsächlich zu schaffen. Und es soll auch so sein, daß das, was wir in der letzten Periode uns nicht einmal getraut haben anzugehen,

auch einnahmenseitig zu schauen, was dieses bißchen an ausschließlichen Landesabgaben im Rahmen des Steuerfindungsrechtes ermöglicht, wobei ich gleich dazusage, alles, was an allgemeinen Steuern und Abgaben zur Diskussion gestellt wird, ist für uns nicht diskussionswürdig, sondern es kann nur darum gehen, bestimmte Entnahmen, zum Beispiel von Ressourcen, von Naturentnahmen, einer Besteuerung zu unterwerfen oder bestehende ausschließliche Landesabgaben auch auszubauen und auch dort vielleicht steuerliche Bevorzugungen zu beseitigen.

Ich glaube, daß wir in den Bereichen etwa der Spitäler vor riesigen Aufgaben stehen, gleichzeitig aber sehen müssen, daß das, was ich auch schon früher gesagt habe, nicht alles zugleich und auf einmal wird realisiert werden können. Auch hier brauchen wir – meine ich – einen Grundkonsens, wenn wir uns einigen, welchen Standort wir wann, wo, wie beginnen, oder ihn verbessern, oder ihn adaptieren, oder ihn neu bauen, oder ihn umstrukturieren, denn Standort ist noch nicht Standort und heißt noch nicht, daß dort alles das stattfinden muß, was jetzt stattfindet. Auch das werden wir nur gemeinsam machen, und es wird auch hier daran liegen, daß der Referent in einer Konsensfindung diese Prioritätensicht vorlegt und dann eine politische Entscheidung kommt.

Und dann, meine Damen und Herren, ich sage es wirklich im Angesicht der Verantwortung, die vor uns liegt. Um einen anderen Bereich herauszunehmen: Nicht nur im Agrarressort wird es Einsparungen geben müssen, in der Kultur wird nicht alles möglich sein; es wird in anderen Bereichen nicht alles möglich sein. Zum Beispiel auch – ich bekenne es – die Pflegevorsorge, die Pflegeversicherung. So begeistert wir alle waren und so sehr wir sagen, es war eine soziale Großtat, ob sie das gebracht hat, was sie uns kostet, haben wir auch zu überlegen. Das zu sagen ist für einen Sozialdemokraten nicht leicht. Aber es hat keinen Sinn mehr, wenn Ziel- und Treffsicherheit nicht gewährleistet ist, an etwas festzuhalten, was reformbedürftig ist. Wir werden auch in dieser Frage, die ja dem Land schließlich auch etliche hundert Millionen kostet, wie auch in anderen Bereichen, bereit sein, im übrigen in diesem Fall mit dem Bund, ein System zu finden, das effizienter und auch sparsamer ist.

Wir sind in der letzten Legislaturperiode weiters etwa im Bereich der Verwaltungsreform nicht zu Rande gekommen, um das sehr höflich auszudrücken. Mit Ausnahme von unzähligen Gutachten, die ganze Schränke gefüllt haben, ist in Wirklichkeit nichts geschehen. Es ist kein Vorwurf an irgend jemanden, ich habe bewußt zuerst sozialdemokratische Ressorts genommen, um ja nicht den Verdacht zu erwecken, nur auf der einen oder anderen Seite ist etwas zu tun. Aber etwas ist klar, so wie die Verwaltung zum Teil heute läuft, und nicht – ich bin da bei Ihnen – aus Verschulden der Beamten, verwaltet sie sich zum Teil selbst und ist ineffizient und auch unerträglich geworden. So etwa eine Dezentralisierung hin zum Bürger ist eben höchst notwendig. Wir haben die erste Instanz zu stärken, und nicht die Zentralstellen ununterbrochen auszubauen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich meine also, Personalpolitik besteht nicht in der Einstellung von Personen und in der Auswahl oder Nichtauswahl von

Mehrheitsentscheidungen bei Führungskräften. Personalpolitik ist Personalplanung, ist die Suche und das Finden der Besten, Herr Kollege Hirschmann, nicht? Ich glaube, wir sind uns da einig, auch im Sinne des Nachrückens, auch im Sinne dessen, wo entwickelt sich wer hin, was ist eigentlich weniger geworden, wo wir noch immer gleich viele sitzen haben wie vorher, und wo sind sie unterbesetzt, obwohl dort viel mehr geworden ist und die Besitzstände halt einfach gewahrt werden.

Weil jeder glaubt, daß seine Bedeutung von der Anzahl der Personen abhängig ist, mit denen er zu tun hat oder dem er unterstellt ist. Ich glaube, daß wir hier, sowohl was die Zusammenfassung zu Gruppenprinzipien, als auch dort, wo es möglich ist, zur Dezentralisierung diese Bereiche dringlichst uns vorzunehmen haben.

Meine Damen und Herren, ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist der eines neuen Verständnisses der Bundesstaatlichkeit. Ich glaube nicht, daß das, was unter Bundesstaatlichkeit verstanden, und das, was als Reformschritt angekündigt wurde, wirklich eine neue Bundesstaatlichkeit gewesen wäre. Also die Verankerung der Landeshauptleutekonferenz in der Verfassung hat wirklich keinen Schritt in Richtung Bundesstaatlichkeit – mit Ausnahme, daß jetzt die Damen und dann die Herren sich vielleicht aufgewertet fühlen, weil sie dort drinnen stehen. Aber dem Grunde nach ist Bundesstaatsreform etwas ganz anderes. Es ist die schlichte Frage, wer macht etwas besser, wer kann etwas besser, was gehört hinunter, was gehört hinauf, und wer bezahlt was? Und die Trennung der österreichischen Bundesverfassung von der Finanzverfassung und daraus erfließend der Finanzausgleich hat uns in der Steiermark im besonderen gezeigt, daß die Kriterien der Verhältnismäßigkeit, die die Finanzverfassung vorschreibt, keineswegs immer erfüllt sind. Und ich sage noch etwas dazu, auch wenn wir in der Steiermark diese Schritte begangen haben und wir recht haben, daß wir die Schritte begangen haben, bin ich nicht der Meinung, daß wir Bundesstaatlichkeit über die Gerichte austragen müssen, obwohl es auch derzeit wieder bei einem neuerlichen Prozeß stattfindet, bei dem wir auch hoffen, daß wir ihn gewinnen. Aber das wäre eigentlich Aufgabe der Politik, das zu regeln, und nicht den Gerichten zuzuschieben. Das heißt also, Bundesstaatlichkeit ist ein neues Selbstverständnis im Verhältnis des Bundes zu den Ländern, zu den Ländern untereinander. Der Punkt wurde angesprochen, aber bitte, meine Damen und Herren, auch gegenüber unseren Gemeinden. Der Bundesstaat endet nicht bei den Ländern und in der Landesherrlichkeit. Das ist ein Riesenirrtum. Die Obsorge der Gemeinden ist unsere wirkliche Aufgabe. Das wäre es, wofür wir in erster Linie zu stehen haben. Es braucht jeder nur anschauen, was die primären Landesaufgaben sind. Das war daher – glaube ich – eine gute Lösung, auch wenn sie kritisiert wird. Das gehört dazu. Aber es war eine gute Lösung und ist eine gute Lösung, daß wir solche Schlüsselverantwortungen gemeinsam wahrnehmen. Ich glaube, daß der Bund auch die Verpflichtung hat, die Randlage und die dadurch geschaffenen Disparitäten unseres Bundeslandes im Verhältnis zu anderen Bundesländern noch stärker zu berücksichtigen, als das begonnen wurde. Eines der

wenigen Dinge, die wir in Gemeinsamkeit in der vorigen Legislaturperiode zustande gebracht haben, war der Vertrag des Bundes mit dem Land Steiermark. Und auch, wenn vielfach behauptet wurde, dort ist noch nichts passiert, meine Damen und Herren, es sind 600 oder 700 Millionen bisher geflossen. Früher einmal wären wir froh gewesen, wenn wir das gehabt hätten. Aber das ist nicht das Thema, sondern das Thema ist, daß dieser Vertrag ja steht, der die Unterschrift von Landeshauptmann Dr. Krainer und mir – wie man weiß – trägt. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Anstrengung, diesen Vertrag zu erweitern, um der Steiermark wirklich zu helfen, aus ihrer relativen Randlage und Schlechterstellung herauszukommen. Und auch ich meine, daß die Orientierung in die Bundeshauptstadt aber wirklich übergewichtet ist. Und mir ist jeder Anlaß der Auseinandersetzung recht, wenn wir sie im Interesse des Landes gemeinsam führen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Trotz der Notwendigkeit, uns einerseits Mittel zuzuführen, und der Notwendigkeit, auf der anderen Seite zu sparen, unsere Effizienz zu steigern, Personalpolitik zu machen, und nicht Personaleinstellung, in den Spitälern, im Sozialressort und in den Schulen sorgsam mit dem Geld umzugehen, trotz all dieser Dinge oder weil wir das vorhaben, haben wir die Chance und müssen auch investitionsbereit bleiben. Es wurde angeschnitten, es gibt Bereiche der Infrastruktur, wo wir in der Steiermark in Wirklichkeit noch gar nichts haben und andere Länder sich bereits in einem doch fortgeschrittenen Entwicklungszustand befinden. Ich möchte die Kommunikationstechnologie insgesamt nennen, denn – Hohes Haus, meine Damen und Herren – diese Technologie birgt neben der Notwendigkeit, im heutigen Kommunikationssystem mithalten zu können, noch etwas. Sie gibt die Chance, Zeit und Raum näherzubringen und neue Formen der Überwindung des Heranführens an die Zentren zu ermöglichen und zu schaffen. Und die Grundinvestition in diese Infrastruktur der Telekommunikation im weitesten Sinne wird nicht ein Unternehmen, nicht irgendein Privater allein oder überhaupt in Angriff nehmen können. Das ist eine Sache, wo wir den öffentlichen Sektor sehr wohl brauchen. Ich habe schon früher gesagt, in einigen Bereichen würden wir ihn nicht mehr brauchen, aber dort brauchen wir ihn für den Aufbau dieser Infrastruktur sozusagen bis vor die Haushalte, und von dort weg ist es dann Sache des Privaten. Das sind gewaltige Anstrengungen, aber natürlich auch unglaubliche Chancen. Meine Damen und Herren, wir müssen investitionsbereit bleiben in diesem Lande und diese Investitionsmöglichkeit wieder erhöhen durch die genannten Maßnahmen, um dem Thema uns zuwenden zu können, das das Thema der Gesellschaft in den nächsten Jahren in erster Linie sein wird. Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich wieder zur Geißel der europäischen Gesellschaft, und wir können tun, was wir wollen, und Anstrengungen unternehmen, welche wir wollen, wenn wir dieses Problem nicht lösen können, werden wir alle politischen Nachwirkungen und Nachbeben dieser Nichtlösung nicht nur zur Kenntnis nehmen müssen, sondern sie unmittelbar verspüren, und das wird weh tun. Arbeitslosigkeit bedeutet Nährboden für Radikalismus welcher Art auch immer, bedeutet für den Absteiger Chancenlosigkeit und

Abwendung von dieser seiner Gesellschaft. Wer daher Gottergeben dasitzt und sagt, so ist es halt, und zum Teil habe ich auch das Gefühl, daß das in Brüssel geschieht, der macht nicht Politik, sondern der betreibt Gewinnmaximierung. Und Politik ist eben mehr oder anderes, sage ich, als nur wirtschaftliche Taten zu sehen. Wir sind uns einig, was den Bereich der marktfähigen Arbeit betrifft. Natürlich sind es die Kernbereiche und um sie angesiedelte Mittelbetriebe, Kleinbetriebe, die den Export fördern, sind es Wissenschaft, Forschung und Technologie, die die Wertschöpfung erhöhen können, und, das wird auch das wichtigste Anliegen bleiben, daß wir unsere Marktfähigkeit erhöhen, unsere Wirtschaftskraft stärken, die unseren Export noch mehr beleben. Alles klar, es ist auch klar, was über den Tourismus gesagt wurde, obwohl wir dort, meine Damen und Herren –, das sage ich auch allen Ernstes –, vorsichtig sein müssen, denn ob der Tourismus weiterhin Wachstumsbranche Nummer eins ist, wage ich auch zu bezweifeln, bei der Zugänglichkeit, die heute weltweit im Tourismus stattfindet. Aber er ist auf Grund der Arbeitsintensität ein wichtiger Zweig, und gerade auch in der Steiermark. Also auch hier Übereinstimmung! Wissenschaft, Forschung, Technologie und vor allem die Zusammenführung in der Anwendung, dort hapert es ja ein bißchen bei uns. Unmittelbare Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Wirtschaft. Alles das ist dringlichst notwendig, und es gibt niemanden, mit dem wir nicht Übereinstimmung hätten.

Für die Sozialdemokratie sage ich aber dazu, daß ich davon überzeugt bin – und vielleicht unterscheiden wir uns da von anderen Parteien, oder sogar sicher –, daß wir auch die nicht marktfähige Arbeit nicht aus dem Auge verlieren dürfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Vorstellung, daß wir bei dieser ununterbrochenen Erweiterung der Produktivität noch einmal zu einer vollbeschäftigten Gesellschaft kommen, also über die marktfähige Arbeit Vollbeschäftigung erreichen, ist für mich aussichtslos. Ich sage das so, wie ich es mir denke. Ich halte das für nicht möglich. Die Menschen zu beschäftigen und ihnen Sinn zu geben, auch das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden, wird mehr erfordern. Die nicht marktfähige Arbeit, die also sozusagen am Markt nicht bezahlt wird, liegt überall herum. Jeder von uns kann sie sehen, aber weil sie nicht bezahlt wird, wird sie nicht gemacht. Aber das heißt nicht, daß das nicht schädlich für ein Gemeinwesen ist.

In den Bereichen Umwelt ist es jedem von uns längst klar. Ich nenne bewußt die Landwirtschaft. In der Landwirtschaft gibt es immer mehr an nicht marktfähiger Arbeit, und niemand von uns wird sagen, das brauchen wir nicht. Daher gibt es einen Grundkonsens, jedenfalls von unserer Seite, daß dieser nicht marktfähige Teil auch finanziert werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber das gleiche – sage ich auch in aller Deutlichkeit – gilt etwa für den ganzen Bereich des Sozialen. Also dort, wo wir natürlich auch erfinderisch werden müssen und nicht nur das Soziale verwalten, das ist schon klar. Aber auch dort gilt, daß wir diese Formen der Beschäftigung, auch wenn sie sich sozusagen nicht rechnen, natürlich zu verstärken haben, neue Arbeit und auch Sinn zu schaffen.

Und ich nenne einen dritten Bereich, ganz bewußt, weil ich ihn vorher noch ausgespart habe, das gilt für den gesamten kulturellen Bereich. Auch dort kann man behaupten, es rechnet sich nicht. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren, was wäre entstanden, was wir uns heute mit Begeisterung etwa anschauen auf der ganzen Welt, wenn es damals nicht auch schon dieses Prinzip gegeben hätte, daß sich das vielleicht nicht rechnen mag, aber daß es andere Werte hat.

Ich glaube, daß unsere Aufgabe in diesen kommenden Jahren verstärkt und eingebettet und beschleunigt durch die Internationalität diese Frage der Arbeit sein wird und sein muß. Wir müssen daher – und das ist ein Teil der Fitneß der Steiermark – investitionsbereit, ideenbereit und wagnisbereit sein.

Ich habe früher gesagt, auf dem sozialen Sektor ist es so, daß das eine oder andere neu überdacht werden muß. Es gehört eben zum Beispiel diese Seite dazu. Und ich sage dazu, wir haben etwa in Österreich ein unterentwickeltes Verhältnis von Privatinitiativen, Stiftungen, Fonds und ähnlichen Dingen. Wir wissen, daß das Vermögen der Österreicher und Österreicherinnen erfreulicherweise steigt und daß ein paar tausend Millionen Schilling an Sparkapital in Österreich liegen. Aber ob die immer wirklich effizient produktiv eingesetzt sind, ist eine andere Frage. Und vielleicht gibt es auch die eine oder andere Form, Kapital für etwas zu finden, wofür man sich einen guten Namen macht. Ich meine also, Stiftungen, Fonds, Caritatives, alles, was es an Möglichkeiten gibt, hereinzunehmen und heranzuführen, kann uns nur stärken, und nicht schwächen, und würde – ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt – die Solidarität in der Gesellschaft verstärken. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bleibe bei diesem Punkt und sage: Insgesamt haben wir bei der Durchforstung unseres gesamten Landesbudgets, das ja der Schlüssel und die Schlüsselfrage schlechthin sein wird, nach unserem Selbstverständnis so vorzugehen. Meine Damen und Herren, es gibt Menschen, die uns einfach brauchen und denen wir etwas geben müssen, leider gibt es sie. Es gibt Menschen, denen geht es so, daß wir ihnen sicher nichts wegnehmen können und auch nicht wollen. Und es gibt welche, die mehr für die Gemeinschaft beitragen können auf verschiedenste Art, eine habe ich genannt. Wir werden uns daher auch einzubringen haben in die Frage einer einkommensgerechten und einkommensbezogenen Zuwendung von Staatsleistungen, und nicht einfach in reinem formalem Anspruchsdenken. Wer es braucht, soll es haben, dort, wo es obsolet geworden ist, ist es eben neu zu formulieren und neu zu überdenken. Die soziale Symmetrie wird man über diesen Weg eher erreichen.

Ich meine also, große Aufgaben sind vor uns, unser Bekenntnis in dieser Richtung ist sehr, sehr eindeutig. Ich glaube, ich habe nichts an dem offengelassen, was wir uns hier vorstellen, und möchte nur noch einen Punkt herausgreifen, weil er uns bisher – wie ich meine – zu wenig beschäftigt hat. Es tut mir leid, aber es ist so. Das ist die Frage Europa. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich Europa politisch sozusagen zu wenig entwickelt und sich in erster Linie ökonomisch orientiert. Und bei allem, was Maastricht berechtigt, sage ich dazu, eine Gesellschaft der Arbeitslosen und die Erfüllung der Maastricht-Kriterien wird nicht ziel-

führend sein, sondern das Gegenteil wird eintreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Das, was wir nämlich wollen und weswegen ich ein überzeugter Europäer bin, ist, daß wir etwa keinen Nationalismus mehr haben. Aber wenn wir uns nicht darauf verstehen, daß wir die Geschwindigkeiten in der Entwicklung in Europa abbauen, sondern sie noch verstärken, dann tun wir das Gegenteil dessen, was das politisch vereinte Europa sein soll. Ich glaube also und bin mir sicher, daß es auch hier einen breiten Konsens gibt, daß wir die europäischen Fragen in diesem Geiste anzugehen und uns auch einzubringen haben. Bisher waren wir dort mehr diejenigen, die nur zugehört und gewartet haben, was da kommt. Aber in diesem Sinne uns einzubringen halte ich nicht nur für notwendig, sondern für unabdingbar. Wenn dieses Europa einen Sinn hat, dann kann es nur einen Sinn haben als eine politische Dimensionierung, die uns das erspart, was vorher fast keiner Generation erspart wurde, nämlich Auseinandersetzungen zwischen Entwickelerten, weniger Entwickelten, Ärmeren, Reicheren oder letztlich überhaupt nur auf dem Nationalismus gegründeten Auseinandersetzungen.

Meine Damen und Herren, das, was zum Teil auch mit der Währungsunion vorgesehen ist: Ich bekenne mich dem Grunde nach dazu. Aber was zum Teil da vorgesehen ist, wissentlich zuzusehen, daß vielleicht ein paar die Kriterien erfüllen, und mit denen entwickelt sich dann dieses Europa in noch größeren unterschiedlichen Geschwindigkeiten, das halte ich nicht nur für problematisch, sondern das wird nicht der Weg sein, der europäische Politik ist. Ich glaube daher, wenn wir auch die Fülle der Transformation von innerstaatlichem Recht und von internationalem Recht ins interstaatliche Recht betrachten, wir einen irrsinnigen Informationsmangel haben, in Wirklichkeit die Regionalpolitik derzeit in den Regionen sozusagen auch verstreut stattfindet, daß es richtig war, ein gemeinsames Europareferat einzurichten.

Und auch hier haben wir gesagt, wir machen es gemeinsam, weil wir dort nicht Streit oder Auseinandersetzung brauchen, sondern Gemeinsamkeit gegenüber auch anderen Bundesländern, gegenüber dem Bund und natürlich gegenüber Brüssel. Ich meine, ein guter Weg, ein guter Anfang. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die feste Verankerung einer Gemeinschaft ist die Voraussetzung für eine Offenheit. Es ist ja für uns alle nur erträglich, offen zu sein für diese Welt, wenn wir wissen, wo wir hingehören, wo wir fest verankert sind, wo wir auch Heimat empfinden, das, was man Geborgenheit nennt. Ich glaube, daß die Schlüsselfrage für Geborgenheit in einer Gemeinschaft, in einer Gesellschaft, in der Heimat ist, Arbeit zu haben, anständig wohnen zu können, Bildung und Kultur genießen zu können und insgesamt sozial eingebettet zu sein. Das heißt, gebraucht und angenommen zu werden. Der Mensch, der nicht gebraucht und nicht angenommen wird, wird zum Gegner. Meine Damen und Herren, wenn wir gemeinsam versuchen, uns diesen Aufgaben zuzuwenden, wobei ich versucht habe zu positionieren, wo die Sozialdemokratie mitgehen kann und wo wir vielleicht andere Vorstellungen haben als Sie, aber wenn

wir versuchen, soweit als möglich gemeinsam diese Wege zu finden, um den Menschen die Geborgenheit zu geben, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Ein herzliches steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, den Grünen und dem LIF. – 13.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zum Vorschlag, Dipl.-Ing. Michael Schmid zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 56 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind 23. Gültige Stimmen sind 33.

Davon entfielen 33 Stimmen auf Dipl.-Ing. Michael Schmid.

Es wurde daher Dipl.-Ing. Michael Schmid zum Mitglied der Landesregierung gewählt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich ersuche Herrn Dipl.-Ing. Michael Schmid zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Strenitz: Ich beglückwünsche den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid zur Wahl, und da er ein sehr ökonomischer Mensch ist, brauche ich ihn nicht aufzufordern, den Platz auf der Regierungsbank einzunehmen. Er hat ihn bereits eingenommen.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (13.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf übrigens auch dir zu deiner ersten Vorsitzführung in diesem Haus gratulieren. Werte Kollegen, die schon auf der Regierungsbank Platz genommen haben! Hohes Haus!

Auch mir ist es ein Anliegen, mich beim scheidenden Landeshauptmann in aller Form mit allem Respekt, wie es einem jugendlichen Schüler seiner politischen Quästion, wie es mir hier ansteht, zu bedanken und ihm für seine weitere Zukunft alles Gute zu wünschen. Ich hätte es ihm gerne selbst gesagt, als er heute seine Abschiedsworte gehalten hat, aber er hat Wert darauf gelegt, daß er nach seiner Rede dieses Haus verläßt. Ich werde das persönlich nachholen.

Einige Worte zur Regierungsarbeit. Ich glaube, wir haben sehr vieles heute schon gehört. Mehrere Regierungserklärungen, sehr beeindruckende Ausführungen, sehr akademisch, vielfach sehr hoffnungsfroh auf der anderen Seite. Ich sage aber schon eines, die Botschaften, die ich hier so höre, die höre ich wohl, den Glauben dafür muß ich erst gewinnen. Ich habe jetzt auch vier Jahre Landesregierung hinter mir und habe auch noch die Regierungserklärungen vor vier Jahren im Ohr. Sie haben große Ähnlichkeit. Sie haben sehr große Ähnlichkeit, und doch habe ich das eine oder andere, was in den letzten vier Jahren hier an Politik gemacht worden ist, nicht so verstanden, als wäre es der Weisheit letzter Schluß. Wir sind in diese Regierungsverhandlungen mit einer eigentlich sehr festen Position gegangen, einer Position, die darauf beruht, daß wir eben diese Probleme, die wir heute in zwei Stunden gehört haben, auch sachlich ansprechen. Dann ist es in diesen Verhandlungen im wesentlichen doch wieder um Verteilungen und Positionen gegangen. Es ist nicht so, wie du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meinst, daß die Positionen das Wesentliche sind. Ich freue mich, daß sie in deinen Ausführungen ja auch nur einen geringen Teil der Zeit beansprucht haben, sondern daß die wahren Probleme woanders liegen, und nicht, wer Erster, Zweiter, Dritter oder was immer wird. Und diese Behauptung eines Paktes zwischen der ÖVP und den Freiheitlichen hast du ja selber sehr eindrucksvoll und sehr nachhaltig widerlegt, indem du immer wieder – und ich halte das auch für gut – darauf hingewiesen hast, daß die beiden großen Parteien diese Probleme gemeinsam in die Hand nehmen müssen. Ich glaube, es war sechs- oder siebenmal, wo du diese große Koalition angesprochen hast. Und wenn im Land die großen Kräfte, die großen Parteien, sich das vornehmen, die Probleme zu beseitigen, dann sollte es uns allen guttun. Dann wird es auch an uns liegen, an den kleineren Parteien, daß wir diese Vorgangsweise beobachten. Die ersten Wochen bis zur Verhandlung sind nicht so gelaufen.

All das Angsprochene – und ich bin ein Pragmatiker, jeder weiß das – bleibt angesprochen im Raum stehen. Wo sind denn die wirklichen Sparmaßnahmen? Und wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter jetzt davon spricht, wir waren ja immer alle für das Sparen, da fällt mir doch dieser Rationalisierungs-Ausschuß ein, wo gerade Hofrat Flecker es nicht lassen konnte, monatelang mit Spott und Hohn (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Zusammengebracht habt ihr nichts!“) über die Parteien im Landtag herzufallen, die sich Sparen auf die Fahne geschrieben haben. Wenn es jetzt Sache der Sozialdemokratie ist, dann habt ihr in diesem Punkt unsere Unterstützung. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Und gerade die Ausführungen bezüglich der Arbeitsplatzsicherung, daß wir hier investive Bereiche brauchen, daß wir vieles erledigen und auf der anderen Seite sparen müssen, ist ja das Wesentliche. Aber wieso haben wir die Gelegenheit eigentlich nicht genutzt in den letzten Wochen, wo lauter Experten und Fachleute zugegen waren – wir arbeiten ja lange genug an diesen Themen –, einmal konkret zu sagen: Wo wird jetzt gespart? Warum höre ich erst heute, und das klingt mir schon mit einigem Nachdruck im Ohr, daß jetzt die Sozialdemokratie – wörtliches Zitat – „und es fällt euch nicht leicht“, Herr Landeshauptmannstellvertreter,

darüber nachdenken muß, ob das Pflegegeld in dieser Form überhaupt so effizient ist? Also bitte, der erste Bauchfleck der Sonderklasse vor den Wählern am 17. Dezember. Die Sozialdemokratie stellt heute, hier, mit ihrem Vorsitzenden das Pflegegeld in dieser Form in Frage. Ich höre heute zum ersten Mal öffentlich, es muß Prioritäten im Spitalsbereich geben. Auch dort müssen wir sparen. Nur, ich habe mich selber in Kapfenberg – Siegi, du warst dabei – abwaschen lassen, aber ich meine das auf gut steirisch, vor 1500 Genossen, weil wir die Institution Kapfenberg in Frage gestellt haben. (Abg. Schrittwieser: „Das war in Obersteier!“) Jetzt reden wir von einem Prioritätenkatalog. Na bitte, ist Hartberg gefährdet? Ist Weiz gefährdet? Sind Knittelfeld und Judenburg gefährdet? Was ist mit der Schwesternschule auf der Stolzalm? Was ist mit den Zusage in Schladming, in Bad Aussee, in Mariazell? Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, du hast in den Verhandlungen – und das ist jetzt doch einigermaßen konträr zu dem, was du gesagt hast – fix festgestellt: Zusagen sind einzuhalten. Das ist ein gewaltiger Spagat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Richtig! Aber deswegen braucht man trotzdem Prioritäten – du vielleicht nicht, wir schon!“) Na, selbstverständlich brauchen wir Prioritäten. Aber nennen wir sie doch. Warum haben wir jetzt in diesen Diskussionen, die wir gehabt haben, diese Thematik überhaupt in keiner Weise beantwortet? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du hättest sie anschneiden können!“) Ich werde mich dann sehr kurz fassen. Du kannst ja dann herauskommen und das Wort ergreifen und erklären, wann Hartberg gebaut wird, wann Weiz gebaut wird, wann Kapfenberg gebaut wird, wann in Knittelfeld, Judenburg das Zentralspital kommt. Du hast Gelegenheit, die Dinge zeitlich genau zu fixieren, oder der zukünftige Landesrat Günter Dörflinger hat hier sicherlich auch Vorstellungen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das wissen wir noch nicht!“)

Ich erwähne dieses Thema, und ich hätte viele andere auch noch, wo wir Prioritäten für unsere Parteienverhandlungen gesetzt hätten, aber kein Gehör gefunden haben. Ich erwähne es deswegen, um ganz klar zu machen, wo die Position der Freiheitlichen in diesen nächsten fünf Jahren liegt. Wir arbeiten nicht gegen die große Koalition, die sich zwar in der einen oder anderen Personalfrage nicht einigen konnte, aber wir werden jetzt hier eine besondere Aufgabe bekommen. Wir werden die Aufgabe bekommen, eine Anwaltschaft für die gutgläubigen Leute draußen, die Gutgläubigen, die all diese Wahlversprechen ernst genommen haben, zu übernehmen und darauf zu achten, ob diese Wahlversprechen auch eingehalten werden. Es wird eine Anwaltschaft nicht nur für die Gutgläubigen, sondern auch für die Getäuschten sein. Wir werden natürlich selbstverständlich im eigenen Ressortbereich, und interessanterweise hast du in 50 Minuten den Wohnbau, eines der zentralen Themen, gar nicht erwähnt, in höchster Kompetenz und in höchster Sachlichkeit weiterarbeiten. In all diesen Ressorts, die wir haben, und wir werden auch das einfordern, und zwar eine Wohnbeihilfe in einer verbesserten Form für die armen Menschen draußen, aber vor allem auch eine Wohnbeihilfe, die über diese Privilegiertenkaste, die die Wohnbauförderung schon

in Anspruch nimmt, hinausgeht, werden wir weiterarbeiten. Es ist doch absolut unverständlich, daß derjenige, der schon die Objektförderung bekommen hat, ausschließlich der ist, der die Wohnbeihilfe bekommt. Warum also nicht auch der andere? Auch über das werden wir reden. Wir bekommen ja vom Bund, dank eines gewonnenen Prozesses, mehrere Hunderte Millionen, und es wird auch kein Thema sein, daß hinter verschlossenen Türen diskutiert wird, daß von diesem Nullbudget vom Land auch noch weitere Mittel der Kreditrückläufe jetzt in diesen großen Topf der Begehrlichkeiten einrinnen, sondern das ist dem Wohnbau auch zukünftig zur Verfügung zu stellen. Dann werden wir in diesen Bereichen weiterarbeiten und auch weiterkommen.

Ich habe eine gewisse Grundsorge, und damit komme ich schon zum Abschluß, daß die Situation, wie wir sie in den letzten viereinhalb Jahren gehabt haben, prolongiert wird, daß in diesem Zusammenhang die eingeforderte Ehrlichkeit, vielleicht sogar ehrlich eingeforderte Ehrlichkeit, sobald es zu jenem Punkt kommt, wo man den Menschen gegenüber treten muß, wieder über Bord geworfen wird. Das war ja eines der Charakteristika der Politik der letzten Jahre, und es hat sich beinahe jedes Regierungsmitglied als Lobbyist seines Ressorts verstanden. Ich fordere daher diese kollektive Verantwortung ein, daß jeder in seinem Bereich, und ich glaube, der Finanzlandesrat wird mir hier keine Vorwürfe machen können, daß ich es nicht gemacht habe, zukünftig auch die anderen aufgefordert sind, in ihrem Bereich an das gemeinsame Ganze zu denken. Dann werden wir all die Probleme, die auch vielfach angesprochen sind mit Entsolidarisierung und vieles andere mehr, nicht haben. Wir können eine scharfe politische Auseinandersetzung führen, führen wir sie aber bitte nicht zum Nachteil der steirischen Bevölkerung. Wir als Anwaltschaft der Gutgläubigen haben einen Fulltimejob übernommen. Wir stehen hier Gewähr bei Fuß, und wir werden, ich bin mir sicher, mit dieser Mannschaft, mit den Leuten, die mich heute hier gewählt haben, und all den anderen, bei denen ich mich recht herzlich bedanke, und es ist mir eine besondere Ehre, auf dasselbe Ergebnis zu kommen wie die Frau Landeshauptmann, für eine konstruktive und produktive Arbeit für unsere Heimat eintreten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei FPÖ und ÖVP. – 13.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegen zwei weitere Wortmeldungen vor, und zwar von den Herren Abgeordneten Prof. Brünner und Dr. Wabl. Ich erteile dem Herrn Prof. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (13.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Liberale Forum hat sich entschieden, daß wir nicht nur die Wahl der Landeshauptfrau, sondern auch die Wahl der übrigen Regierungsmitglieder mittragen. So, wie beim ersten Tagesordnungspunkt, haben wir freilich auch beim zweiten Tagesordnungspunkt der Wahl der übrigen Regierungsmitglieder einige Probleme, auf die ich ganz kurz zu sprechen kommen möchte. Vor der Landtagswahl haben sowohl Herr Landeshauptmann Krainer als auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner doch irgendwie

zugestanden, daß es sinnvoll wäre, am Beginn einer Legislaturperiode ein Arbeitsprogramm der gesamten Regierung zu haben. Und wir haben ebenfalls vor der Wahl darauf gedrungen, daß ein solches Arbeitsprogramm vorgelegt wird. Ich gehe freilich davon aus, daß das, was sich heute abgespielt hat und abspielt, ein übliches Ritual ist. Die einzelnen Regierungsmitglieder sagen, was sie in dieser Legislaturperiode zu tun gedenken, also alles, was gut und teuer ist, wird hier angeführt, ohne daß das nach meinem Verständnis etwas Neues ist. Das haben wir in den alten Legislaturperioden auch schon gehabt. Es liegt kein Arbeitsprogramm vor, so wie ich mir das vorstelle. In der gestrigen Vierparteienrunde meine ich aber, eine gewisse Zusage, ein gewisses Zugeständnis von Frau Landeshauptmann Klasnic bekommen zu haben, nämlich, daß wenigstens der Mindeststandard eines Arbeitsprogrammes dergestalt erarbeitet wird, daß im Zuge der Budgeterstellung oder zumindest bis zum Sommer die einzelnen Regierungsmitglieder jene Vorhaben auflisten, die sie in den vier oder fünf Jahren durchzuführen gedenken, und zwar gemeinsam und nebeneinander auflisten, und nicht hintereinander. Das ist ein Mindeststandard eines Arbeitsprogrammes. Es liegt aber trotzdem noch kein Arbeitsprogramm vor. Wenn heute gesagt wurde, daß man sich bei der Budgetpolitik an den Maastricht-Kriterien orientieren wird, dann kann ich nur hinzufügen, naja, na net wird man sich an diesen Maastricht-Kriterien orientieren müssen. Und wenn gesagt worden ist, daß man quer durch die Ressorts spart, dann ist das ebenfalls keine präzise Aussage. Und wenn weiters gesagt wurde, daß halt in den einzelnen Ressorts Prioritäten zu setzen sind und daß diese gesetzten Prioritäten beim jährlichen Budget erkennbar sind, dann befriedigt mich das auch nicht, denn es ist eine Regierungspolitik zu betreiben, die über ein Budgetjahr hinausgeht. Ich hätte zum Beispiel gerne vom Spitalsreferenten gewußt, wie er das Problem, das in aller Munde ist, nämlich, daß in den Krankenanstalten unterschiedliche Dienstrechte praktiziert werden mit allen Folgen für ein negatives Betriebsklima, die daraus resultieren, zu handhaben versucht. Werden jetzt die KAGES-Angestellten in den Landesvertragsbedienstetenstatus übernommen, oder wie gedenkt man, das Bundesarbeitszeitgesetz umzusetzen? Wenn ja, wo kommen die Geldmittel her, um das Bundesarbeitszeitgesetz so umzusetzen, daß die Patienten nicht leiden? Oder ich hätte gerne vom Herrn Landwirtschaftsreferenten gewußt, wie im landwirtschaftlichen Schulwesen das Rationalisierungspotential und die Sparnotwendigkeiten umgesetzt werden. Nochmals, das, was hier heute von den Mitgliedern der Regierung als Erklärung abgegeben wurde, das sind schöne Auflistungen, aber das ist nicht das, was ich mir vorstelle, nämlich, daß sich eine Regierung hinsetzt und am Beginn einer Legislaturperiode in groben Zügen überlegt, was sind die Probleme in diesem Land und wie sind grundlegende Wege der Problemlösung möglich, ohne daß man sich freilich im Detail verliert.

Ein Zweites möchte ich ansprechen, auch nur in Auswahl, das ist die Ressortgliederung: Es ist wieder vorgeschrieben worden, daß das Gemeindewesen auf zwei politische Referenten aufgeteilt wird. Und wenn Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner sagt, naja, die Gemeindepolitik ist so wichtig, daß man

gemeinsam vorgehen muß, okay, aber dann ist die Pointe ja die, daß die Bedarfszuweisungsmittel nach einem bestimmten Schlüssel auf die beiden politischen Referenten, und damit auch auf zwei unterschiedliche Gemeindekategorien aufgeteilt werden. Ich kann mir nicht helfen, ohne daß ich den beiden Herrschaften jetzt unsachliches Vorgehen unterstellen möchte, daß diese Vorgangsweise halt doch den Geruch des parteipolitischen Proporz hat. Ich halte es auch nicht für sinnvoll, daß die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als reine Bittsteller bei den politischen Referenten auftauchen müssen. Warum ist es in der Landesregierung nicht möglich, einen Grundsatzbeschluß über eine projektorientierte Verteilung der Bedarfszuweisungen zu fassen? Warum ist es nicht möglich, eine Art Beirat einzurichten, der diese Vergabe nach gewissen objektiven Kriterien zu überprüfen versucht? Denn dann wäre es auch möglich, das Gemeinwesen einem politischen Referenten zuzuweisen, und nicht zwei.

Das geht auch in anderen Bundesländern. Das schaffen andere Bundesländer, wieso schafft das die Steiermark nicht?

Oder wenn ich lese, daß die Förderung der Blasmusikkapellen bei der Landesamtsdirektion angesiedelt ist, dann wundert mich das. Die Landesamtsdirektion ist eine Stabsstelle, die mit Blasmusikkapellen meines Erachtens überhaupt nichts zu tun hat. Ich möchte nicht mißverstanden werden, ich liebe Blasmusikkapellen, ich liebe Blechmusik insbesondere beim Frühschoppen, aber warum man das macht, das ist mir völlig schleierhaft. Und ich kann mir dann vielleicht nur denken, daß man hier also Bereichsoppositionen irgendwie einrichtet. Im freiheitlichen Ressort muß die Landesamtsdirektion hinzugeschaltet werden, damit man auch ein bißchen bei der Verteilung der Mittel für die Blasmusikkapellen dabei ist.

Ich habe mich heute manchmal bei Teilen der Debatten auch ein bißchen amüsiert. Es ist für mich heute einmal mehr der Beweis erbracht worden, daß das Proporzsystem, wie es in der Landesverfassung für die Bestellung der Landesregierung enthalten ist, einfach antiquiert ist. Man weiß überhaupt nicht, wer ist Regierung und wer ist Opposition. Ich verstehe einerseits die Haltung der Freiheitlichen Partei, daß sie beides haben möchte, die Regierung und die Opposition. Herr Landesrat Schmid nimmt dankend die Ressortagenden für sein Ressort entgegen, spricht aber dann negativ von der Verteilungsmentalität auf der Ressortebene, oder Herr Kollege Flecker spricht vom Paktum zwischen ÖVP und Freiheitlichen. Herr Kollege Schmid spricht vom Paktum zwischen der ÖVP und der SPÖ, und Herr Kollege Schützenhöfer sagt, er ist an allen Koalitionen beteiligt, und er hat daher die Mehrheit. Meine Damen und Herren, der Ball oder die Kugel geht reihum in diesem Modell. Das hat diese Diskussion sehr deutlich gezeigt. Es geht nicht, es geht schon logisch nicht, daß man gleichzeitig Regierung und Opposition spielt.

Auch die Wahlprozedur der Mitglieder der Landesregierung ist nach meinem Verständnis keine Wahl. Da soll man so ehrlich sein und in die Landesverfassung das Nominierungsrecht der Fraktionen hineinschreiben, aber nicht die stundenlange Prozedur hier im Landtag für einen Vorgang, der schlicht und ein-

fach keine Wahl ist, denn gültige Stimmen können nur auf den Wahlvorschlag der Fraktion abgegeben werden. Es kann jemand im buchstäblichen Sinn des Wortes mit einer Stimme einstimmig gewählt werden. Ich möchte wissen, wenn ich zur Wahl aufgerufen bin, was wähle ich und wen wähle ich. Ich habe schon einmal hier gesagt, ich bin keine Abstimmungsmaschinerie. Auch ich, wie Herr Kollege Schmid, habe eine Grundsorge, nämlich, daß dieses Ballspiel quer durch die Regierung prolongiert wird in diesen nächsten vier oder viereinhalb Jahren. Abhilfe kann meines Erachtens nur schaffen, das Proporzsystem durch ein entscheidungsfreudiges Regierungssystem abzulösen, ein Regierungssystem, in dem es echten Wettbewerb zwischen den Parteien und zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien gibt. Und ich habe heute sehr gut zuhörend mich gefreut, vom Kollegen Schützenhöfer zu hören, daß auch er und seine Partei bereit sind, sich ein Regierungsmodell für die Zeit nach dem Jahre 2000 zu überlegen, weil offensichtlich auch er und seine Fraktion der Überzeugung sind, daß dieses Proporzmodell einfach ein Auslaufmodell ist. Es war nach dem Krieg ein richtiges Modell, wo eine Partei eine absolute Mehrheit gemacht hat, und es war in einer Zeit ein richtiges Modell, wo über die Ziele der Politik, über die Problemlösungsstrategien sehr schnell Konsens gefunden wurde, aber nicht in einer Zeit, wo wir plurale Auseinandersetzungen haben, wo die Strategien nicht einfach auf dem Tisch liegen und wo der Wettbewerb notwendig und möglich sein muß. Nochmals, wir freuen uns, daß unsere Diskussion vom Sommer des vorigen Jahres, das Proporzmodell ad acta zu legen, aufgegriffen wird, und ich bin sehr gerne bereit, mit meiner Fraktion mit wem immer hier ganz intensive Diskussionen in den nächsten Jahren zu führen, daß vielleicht noch in dieser Legislaturperiode eine Verfassungsänderung diesbezüglich herbeigeführt werden kann. Auch wenn es etliches gibt, was wir kritisieren – und ich habe nur einiges von unseren Kritikpunkten angesprochen –, gilt auch bei diesem Tagesordnungspunkt das, was ich bei der Wahl des Landeshauptmannes, der Landeshauptfrau, gesagt habe. Wir möchten am Beginn einer Legislaturperiode nicht mit einem Nein beginnen, sondern wir sagen im großen und ganzen ein Ja zu den Mitgliedern der Regierung und wollen damit dokumentieren, daß wir bereit sind, einen neuen Start anzufangen, und daß wir bereit sind, auch in Kooperation mit den übrigen vier Parteien, unseren Beitrag zu leisten, daß in diesem Land Probleme gelöst werden. (13.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (13.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mir ist bewußt, daß nach dem Abdrehen der Direktübertragung die Luft sozusagen draußen ist. Ich wünsche mir nur, daß das in Zukunft nicht der Fall sein wird und daß wir unsere Arbeitszeit, unsere Redezeit, unsere Ideen in erster Linie danach richten – und da bin ich sehr optimistisch –, welche Probleme anstehen. Aber ich möchte am Anfang einer freudigen Pflicht nachkommen und auch einer Aufgabe, die ich sehr

gerne wahrnehme. Frau Landeshauptfrau, ich bin der Auffassung, daß der heutige Tag ein sehr historischer Tag ist, nachdem erstmals eine Frau zur Landeshauptfrau gewählt wird. Ich habe Ihnen geschrieben, daß ich fast Ihr ständiger Begleiter in der Politik gewesen bin. Im Jahre 1979 sind wir beide – ich glaube mit dem Unterschied von einem Monat – in den Bundesrat eingerückt. Wir haben damals ein paar Jahre die Bundesratsbank gedrückt, und ich habe einmal zu Ihnen gesagt – das möchte ich hier auch erzählen, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern können –, Frau Kollegin Klasnic, ich bin davon überzeugt, daß Sie in der Steiermark sicherlich noch etwas werden, weil Sie neben Ihren Fähigkeiten auch die nötige Bereitschaft haben, Vorgesetzte oder Parteivorsitzende entsprechend anzuerkennen. Ich habe gesagt, ich habe das nicht, daher werde ich wahrscheinlich nicht sehr viel werden in der Steiermark. Das hat sich eigentlich bewahrheitet, und es freut mich für Sie, daß ich heute an diesem Tag Ihnen zu diesem hohen Amt gratulieren darf. Das ist ein Sträußchen – (Abg. Schinnerl: „Aus Fürstenfeld?“) nein, aus Graz, vom Hauptplatz. Es hat schon eine grüne Farbe, ich habe darauf Wert gelegt, und die Blumenhändlerin hat mir das gleich gesagt, denn sie kennt mich schon. Es gibt auch Grüne, die im Land bekannt sind, nicht nur – Landeshauptfrau oder andere –, sie hat gleich gesagt, sie macht eine grüne Masche darauf, und das habe ich sehr sinnvoll empfunden, und ich darf Ihnen das überreichen im Sinne einer guten Zusammenarbeit zwischen Ihnen, Ihren Mitarbeitern und unserer Fraktion. Wir werden keine Bäume ausreißen, das dürfen wir ja gar nicht, aber wir werden bereit sein, für die Steiermark entsprechend unsere Beiträge zu leisten. Ich hoffe, daß dieses Sträußchen das Zeichen ist, daß wir gut miteinander arbeiten werden. Ein Busserl traue ich mir nicht zu geben. (Landesrat Pörtl: „Gewählt hast du sie aber nicht!“) Der Landesrat Pörtl sagt, es geschieht mir hart, daß ich Sie nicht gewählt habe. Aber ich habe mir gedacht, was soll ich – küssen oder wählen? Da habe ich mir gedacht, küssen ist gescheiter als wählen.

Ich möchte wirklich die Zeit nicht unnötig verlängern, weil heute der Tag der Waltraud Klasnic ist, und weil heute der Tag der Regierungsmitglieder ist, und wir leben in einer Zeit, wo natürlich die Regierungsmitglieder und die, die an der Spitze stehen, in der Auslage sich befinden. Ich möchte trotzdem die Gelegenheit nutzen, ein paar Anmerkungen hier darzulegen. Der Kollege Brünner, der vor mir gesprochen hat, hat mir schon einiges vorweggenommen, aber ich möchte trotzdem ein paar Problembereiche ansprechen, die mir am Herzen liegen.

Eines, Frau Kollegin Klasnic, ich glaube, da sind wir zu zweit. Wir leben heute zu sehr in einer Zeit, womit man sich befaßt, vor allem auch die Medien, wer ist was, wer wird was, gibt es den Pakt oder gibt es jenen Pakt? Ich glaube, das ist den Menschen relativ unwichtig, welche Pakte es gibt. Wichtig ist, daß was weitergeht, und wichtig ist, daß im Interesse der Menschen Probleme gelöst werden. Und auf der Seite habe ich vermißt, daß wir in einer Zeit leben – Sie haben es zwar angesprochen –, wo in Österreich schon eine Million Menschen an der Armutsgrenze sich bewegen.

Der zweite Punkt, und damit bin ich beim Kollegen Pörtl, ich bin sicher, daß wir einige Sträube hier bei aller Verbundenheit ausfechten, ist die Frage der Landwirtschaft. Frau Kollegin Klasnic, Sie haben zwar gesagt, die Landwirtschaft ist auch ein Teil der Wirtschaft, aber die Landwirtschaft ist noch viel mehr. Und weil eben die Landwirtschaft oft nur als Teil der Wirtschaft gesehen wird, passiert es uns halt, daß soundso viele Betriebe zugrunde gehen, passiert es uns halt, daß, wenn nicht unter mühsamen Einsatz manche Bauern sich bemühen, in der Direktvermarktung zu bestehen, daß die halt verschwinden. Und eines muß ich da hier auch sagen: Wer hat denn die Hauptarbeit bei der Direktvermarktung, Kollege Pörtl? Ich glaube, wir wissen es, es sind die Frauen, die am Bauernhof arbeiten. Ich weiß das selber: Da gibt es welche, die fast 24 Stunden, fast an die Grenze der Belastbarkeit arbeiten, um in diesem Wirtschaftsprozeß, in dieser arbeitsreichen Marktwirtschaft bestehen zu können. Das sollte nicht unser Ziel sein, daß die Landwirtschaft verschwindet, aus welchen Gründen immer, weil sie zu kleinstrukturiert ist oder weil die Männer dort oft gar keine Frauen mehr finden, die bereit sind, diese Last auf sich zu nehmen, denn eine solche Gesellschaft ist zum Sterben verurteilt. Und vor allem jene, die den Arbeitsplatz am Bauernhof verlieren, drängen in einen anderen Arbeitsbereich, und dort sind die Arbeitsplätze ohnedies dünn gesät. Und, Kollege Pörtl, eine Bitte für die Zukunft, das ist die Frage, ich habe es hier schon angeschnitten, der Müllverbrennung in dem Problembereich in der Steiermark. Ich persönlich sage nur dazu, daß ich der Meinung bin, daß die Müllverbrennung der falsche Weg ist und wir endlich heute noch beginnen sollten, diese Problemzonen zu befriedigen. Weil es kann nicht sein, daß monatelang, jahrelang, wie das in Fehring passiert ist, wie es möglicherweise jetzt in Niklasdorf oder Trieben passieren wird, daß dort ein Kampf zwischen der Bevölkerung auf der einen Seite besteht, und auf der anderen Seite die Beamtschaft, die oft in eine sehr schwierige Situation kommt, weil der Beamte dort steht und sagt, naja, ich habe die Gesetze und den Paragraphen, und der Politiker sagt bei jeder Gelegenheit, nein, das kommt gar nicht in Frage, und er sich in der Zwickmühle befindet. Dafür habe ich sehr wohl Verständnis. Daher bitte ich tatsächlich, daß man sich dieses Problems annimmt. Bei der Deponie Hainersdorf haben wir eine mutige Schlacht geschlagen und haben uns dahintergestellt (Landesrat Pörtl: „Du mußt nur bei der nächsten Deponie für die Deponie sein!“), daß wir gesagt haben, es kann nicht sein, daß jeder sagt, deponieren tun wir woanders, nur bei uns nicht. Das haben wir dort durchgestanden, und ich glaube, dieser Weg war nicht populistisch, sondern er war ehrlich.

Und das Zweite ist die Frage, die wir auch schon diskutiert haben, der Abwasserentsorgung, wo ich bei dir Bereitschaft erkannt habe, die Kleinkläranlagen auch zu akzeptieren. Und damit könnte man schon eine entsprechende Gesprächsbasis finden. Aber daß man das noch verstärkt durchführt. Der Kollege Ressel ist jetzt zwar nicht da, aber er wird das Verkehrsressort übernehmen, soweit mir das bekannt ist. Ich bitte wirklich, daß man in Verkehrsfragen endlich auch dramatisch umzudenken beginnt. Wir haben in Österreich zwar immer gesagt, der öffentliche Verkehr ist wichtig und so weiter. Die Eisenbahner waren wichtig,

vor allem auch für die Sozialdemokratie, weil dort 90 Prozent SPÖ wählen, aber wir haben sehr wenig bis nichts für das Verkehrsnetz getan. Also, wenn man herumschaut in der Steiermark und in Österreich, dann ist seit 1945 praktisch keine einzige neue Eisenbahnstrecke gebaut worden. (Abg. Purr: „Seit Kaiser Franz Joseph!“) In der Schweiz, Herr Kollege Majcen, wo wir sehr oft hinkommen, ist dieses öffentliche Verkehrsnetz sehr gut ausgebaut, und da können wir uns wirklich eine Scheibe abschneiden. Daher würde ich bitten, daß man den öffentlichen Verkehr forciert und daß man in Graz beispielsweise möglichst schnell diese Stadt- und Regionalbahn in Angriff nimmt. Vor allem bitte ich, daß man über diese Nordspange – ich weiß schon, daß sich die Parteien im Gemeinderat darauf geeinigt haben, mit Ausnahme der Grünen, ein völliges Wahnsinnsprojekt, das 300 Millionen Schilling kosten wird, denn um das Geld könnte man einige Tramwaywaggon wieder anschaffen oder auch in anderen Bereichen etwas machen – zumindest nachdenkt. Mir ist schon bewußt, daß wir Grünen da hier nicht wie der Hund mit dem Schwanz werden wedeln können, aber wir erwarten, daß unsere Argumente ernstgenommen werden. Und der Kollege Ressel, ich setze Hoffnungen auf ihn, deswegen wähle ich ihn heute auch mit, das sage ich hier auch öffentlich, ich würde mir wünschen, auch wenn der Kollege Flecker da ist, das Lebenswerk ist, offensichtlich die ennsnahe Trasse durchzusetzen. Ich sage dir, Kurt, und ich habe dir das schon ein paar Mal gesagt, und ich habe schon eine Wette gewonnen, die ennsnahe Trasse ist, das sagen alle, aus naturschutzrechtlicher und wasserrechtlicher Sicht gestorben. Es geht nur darum, den Totenschein endlich auszustellen Und fangen wir da endlich an, die Alternativvarianten, die es gibt, in Angriff zu nehmen. Es kann ja nicht so weitergehen, und da haben Sie gesagt, Frau Kollegin Klasnic und auch der Herr Kollege Schachner, daß die betroffene Bevölkerung noch weitere fünf Jahre wartet, und wenn wir in fünf Jahren dastehen, daß wieder nichts geschehen ist? Das können wir nicht verantworten, und daran werden wir gemessen, weil sonst werden die Leute in der Steiermark sagen, naja, da sind zwar große Antrittsreden gehalten worden, aber letzten Endes wurde keine Lösungskapazität gezeigt, und das wäre wirklich mehr als bedauerlich.

Ein Letztes, und damit bin ich schon am Schluß: Der Kollege Schachner, Entschuldigung, daß ich Kollege sage, er ist ja Landeshauptmannstellvertreter, hat vom Aufbruch Europas gesprochen. Ich bin in sehr vielen Dingen seiner Meinung, vor allem glaube ich, daß dort in Europa der wirtschaftliche Aspekt viel zu sehr im Vordergrund steht. Aber eines wünsche ich mir auch, Kollege Hirschmann, daß der erste Profiteur von Europa nicht der Ludwig Rader ist, dessen fachliche Qualität ich nicht bezweifeln möchte, aber wenn man mit ihm einen Vertrag abschließt, daß er gleich viel verdient wie der Landesamtspräsident, dann wäre das eine Watschn für alle Beamten in dem Land, die fleißig ihre Arbeit gestalten, wie ich bisher gehört habe, und eine Watschn auch für viele in diesem Land, die sich an der Armutsgrenze oder am Existenzminimum bewegen. Daher mein Appell, der Kollege Rader soll für uns in Brüssel weiterhin erfolgreich tätig sein, und er soll dort etwas weiterbringen. Er soll aber das Gehalt beziehen, das im Rahmen der Beamtenschaft,

im Rahmen des Gehaltsschemas möglich ist, und ich bin da sehr zuversichtlich, daß das auch klappen wird. Und was die Gemeinden anlangt, vielleicht gelingt es einmal, daß man nicht rote und schwarze Gemeinden hat, die bedient werden. Kollegin Klasnic, wir wissen, daß es draußen am Land heißt: Naja, die haben jetzt einen anderen Referenten, der hat mehr Geld, weil natürlich im SPÖ-Bereich weniger Gemeinden sind und jene finanzstärker, jetzt gibt es andere, die im ÖVP-Bereich sind. Ihr habt, glaube ich, 100 Gemeinden mehr. Das ist ja erfreulich für euch. Aber ein Problem des Landeshauptmannes Krainer, dem ich auch danken möchte, war ja, daß er weniger Geld gehabt hat, und am Schluß, die letzte Zeit, die Bürgermeister, die viel Zeit damit verwenden müssen, daß sie um ihre Vorhaben bitten und betteln, er schon gar keine mehr vorgelassen hat. Ich weiß es nicht ganz genau, ich nehme aber an, weil er kein Geld mehr gehabt hat und froh war, daß sie nicht mehr so weit durchgedrungen sind. Das hat auch zum Unmut beigetragen. Vielleicht gelingt es uns, wie der Kollege Brünner gesagt hat, und das habe ich schon lange auch behauptet, daß man einmal, wie in Niederösterreich oder in anderen Bereichen, Objektivierungsstrukturen hat, damit es nicht heißt, naja, der kriegt ein Geld, der öfters beim Vorsitzenden ist. Abgesehen davon schafft das Abhängigkeiten in der Politik, die niemandem guttut, letzten Endes uns nicht, den Menschen nicht und den Bürgermeistern nicht, weil sie sehr viel Zeit dafür verwenden, unnötige Wege bei ihren Sekretären zu machen, und wo ihnen anders dann die Zeit fehlt. Das wollte ich nur kurz angerissen haben. Ich möchte nur deponieren, es gehört zu einer funktionierenden Landespolitik auch die Kontrolle (Landesrat Schmid: „Kontrolle der Gemeinden!“), auch dieser Gemeinden, daß man vielleicht dort sagt, bitte schön, was ist mit dem Geld geschehen? Das geht über eine Milliarde Schilling. Aber ich sage nur, wir als Grüne werden unsere positiven Ideen einbringen, und wir bitten um Bündnispartner, weil zu zweit können wir wirklich keine Bäume ausreißen. Ich selbst werde für den Kontroll-Ausschußobmann kandidieren. Ich möchte aber gleich sagen, ich stelle mich dieser Wahl. Wenn ich dort untergehe, dann werde ich untergehen, aber ich hoffe, daß vielleicht der Landtag hier der Meinung ist, daß ich ein möglicher Kandidat wäre – das soll jetzt kein Hearing sein –, der diese Kontrollaufgaben entsprechend wahrnimmt. Wenn es der Kollege Brünner wird, der sich auch bewirbt, bin ich auch der Meinung, daß er ein hervorragender Kandidat ist und daß ihr sicherlich mit einem von uns beiden in der Zukunft gut fahren werdet. In dem Sinne Frau Kollegin Klasnic und der ganzen Regierung alles Gute, und auf eine gute Zusammenarbeit. Danke schön. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der ÖVP. – 14.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zum Vorschlag, Dr. Gerhard Hirschmann zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmenzählung hat ergeben:

Es wurden 56 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind: 21. Gültige Stimmen sind: 35.

Davon entfielen 35 Stimmen auf Dr. Gerhard Hirschmann.

Es wurde daher Dr. Gerhard Hirschmann zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Dr. Gerhard Hirschmann zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Dr. Hirschmann: Ich nehme die Wahl an. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich beglückwünsche Sie zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung.

Wir kommen nun zum Vorschlag, Ing. Hans-Joachim Ressel zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmenzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind: 20. Gültige Stimmen sind: 35.

Davon entfielen 35 Stimmen auf Ing. Hans-Joachim Ressel.

Es wurde daher Ing. Hans-Joachim Ressel zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Ing. Hans-Joachim Ressel zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Ing. Ressel: Ich nehme die Wahl an. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich beglückwünsche Sie zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung.

Wir kommen nun zum nächsten Vorschlag, Erich Pörtl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, die Stimmenzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind: 16. Gültige Stimmen sind: 39.

Davon entfielen 39 Stimmen auf Erich Pörtl.

Es wurde daher Erich Pörtl zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Erich Pörtl zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Pörtl: Ich nehme die Wahl an. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich beglückwünsche dich zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung.

Wir kommen zum nächsten Vorschlag, Dr. Anna Rieder zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Ussar und Purr, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmenzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind: 15. Gültige Stimmen sind: 40.

Davon entfielen 40 Stimmen auf Dr. Anna Rieder.

Es wurde daher Frau Dr. Anna Rieder zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Frau Dr. Anna Rieder zu erklären, ob sie die Wahl annimmt.

Landesrätin Dr. Rieder: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich beglückwünsche Sie zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung. Ich ersuche Sie, den Sitz auf der Regierungsbank einzunehmen.

Wir kommen nun zum Vorschlag, Dipl.-Ing. Paierl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben: Es wurden 55 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind: 16. Gültige Stimmen sind: 39.

Davon entfielen 39 Stimmen auf Dipl.-Ing. Herbert Paierl.

Es wurde daher Dipl.-Ing. Herbert Paierl zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Dipl.-Ing. Herbert Paierl zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich beglückwünsche dich zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung. Ich ersuche dich, den Sitz auf der Regierungsbank einzunehmen.

Wir kommen nun zum Vorschlag, Günter Dörflinger zum Mitglied der Landesregierung zu wählen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind: 26. Gültige Stimmen sind: 29.

Davon entfielen 29 Stimmen auf Günter Dörflinger.

Es wurde daher Günter Dörflinger zum Mitglied der Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Günter Dörflinger zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Dörflinger: Ich nehme die Wahl an. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und LIF.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich beglückwünsche dich zur Wahl zum Mitglied der Landesregierung. Ich ersuche dich, den Sitz auf der Regierungsbank einzunehmen. (Die neugewählte Landesregierung wird über Veranlassung des Präsidenten gemeinsam fotografiert.)

Ich ersuche alle jene Regierungsmitglieder, Ihren Sitz auf der Regierungsbank einzunehmen, soweit dies noch nicht erfolgt ist.

Wir kommen nun zur Wahl der Bundesräte.

Die Steiermark hat zehn Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei vier Mitglieder, auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs vier Mitglieder und auf die Freiheitliche Partei Österreichs zwei Mitglieder.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Nach Paragraph 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Wahl der Bundesräte durch Erheben einer Hand durchzuführen, jedoch wird die Wahl, wer von den bereits gewählten Bundesräten der an erster Stelle entsandte Vertreter des Landes Steiermark ist, mittels Stimmzettel vorgenommen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich weise darauf hin, daß nach Paragraph 54 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig sind.

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Erstens als Mitglied Komm.-Rat Alfred Gerstl und als Ersatzmitglied Dr. Fritz Höss.

Zweitens als Mitglied Grete Pirchegger und als Ersatzmitglied Dr. Vincenz Liechtenstein.

Drittens als Mitglied Ing. Peter Polleruhs und als Ersatzmitglied Ing. Helmut Wieser.

Viertens als Mitglied Peter Rieser und als Ersatzmitglied Erwin Puschenjak.

Sie haben die Vorschläge gehört.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Wahlvorschlag ist mehrheitlich angenommen.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Erstens als Mitglied Horst Freiburger und als Ersatzmitglied Elisabeth Gross.

Zweitens als Mitglied Erhard Meier und als Ersatzmitglied Josef Brandauer.

Drittens als Mitglied Michaela Rösler und als Ersatzmitglied Mag. Werner Köchl.

Viertens als Mitglied Johanna Schicker und als Ersatzmitglied Dr. Eleonore Hödl.

Sie haben die Vorschläge gehört.

Auch hier ersuche ich die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Wahlvorschlag ist mehrheitlich angenommen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Erstens als Mitglied Dr. Paul Tremmel und als Ersatzmitglied Kurt List.

Zweitens als Mitglied Engelbert Weilharter und als Ersatzmitglied Ing. Gerald Raidl.

Sie haben die Vorschläge gehört.

Die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Wahlvorschlag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Wahl des in den Bundesrat zu entsendenden Vertreters des Landes Steiermark.

Mir liegt ein Vorschlag der ÖVP, lautend auf Bundesrat Alfred Gerstl, ein Vorschlag der SPÖ, lautend auf Bundesrätin Schicker, vor.

Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (15.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In aller Kürze zwei, drei Sätze zu dieser Wahl. Ich bin der Meinung, daß die Österreichische Volkspartei sehr gut daran getan hätte, in Personalfragen vielleicht doch einen Konsens zu suchen, wenn ich auch Verständnis dafür habe, daß die beiden gleich starken Parteien gleiche Ansprüche erheben. Das Wahlergebnis von 2400 Stimmen Vorsprung reicht, glaube ich, für eine Argumentation, den Ersten Präsidenten im Landtag, den Landeshauptmann und den Ersten im Bundesrat zu beanspruchen, sicherlich nicht aus. Wir Freiheitlichen hätten in diesem Fall der Frau Bundesrätin Schicker unsere Zustimmung gegeben, weil ich auch glaube, daß sie eine sehr würdige Kandidatin ist. Aber es geht uns jetzt um die Person des Herrn Bundesrates Alfred Gerstl, der schon einmal Präsident des Bundesrates war. Und gerade Alfred Gerstl ist es,

der – ich stehe nicht an zu sagen, und es ist für mich eine Ehre – auch ein persönlicher Freund von mir ist, ein Freund, der die historischen Hintergründe ohne die Hysterie der Ausgrenzung aufzeigt. Es wäre vielleicht für eine Historikerin, Frau Mag. Zitz, einmal angebracht, mit einem Zeitzeugen, der jüdischer Abstammung ist, über die steirische Geschichte und über die Geschichte dieser Demokratie zu reden. Aus diesem Grunde ist es eine Überzeugung von uns, daß Alfred Gerstl hier – und das ist die allgemeine Meinung unseres Klubs – diese Position, die im 98er Jahr als Präsident des Bundesrates einen Höhepunkt finden wird, zusteht. Es ist keine Stimme für die ÖVP, für die Österreichische Volkspartei, das ist eine Zustimmung zu Alfred Gerstl. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang.

Die Wahl wird mittels Stimmzettel durchgeführt.

Ich ersuche die Abgeordneten Purr und Ussar, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Ussar, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen sind: keine. Gültige Stimmen sind: 55.

Davon entfielen 23 Stimmen auf Frau BR Johanna Schicker und 32 Stimmen auf Herrn BR Alfred Gerstl.

Es wurde daher Herr Alfred Gerstl mit der erforderlichen Stimmenmehrheit des in den Bundesrat an erster Stelle zu entsendenden Vertreters des Landes Steiermark gewählt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Nunmehr bitte ich die Klubobmänner der Fraktionen um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Hiezu erteile ich dem Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Landtagsabgeordneten Hermann Schützenhöfer, das Wort.

Abg. Schützenhöfer: Sie nehmen alle die Wahl an.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke und ersuche nun den Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei, Landtagsabgeordneten Dr. Kurt Flecker, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Abg. Dr. Flecker: Alle nehmen die Wahl an.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke und ersuche nun die Klubobfrau der Freiheitlichen Partei, Mag.

Magda Bleckmann, namens ihrer Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Abg. Mag. Bleckmann: Alle nehmen die Wahl an.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke. Ich bitte nun die frischgewählten Bundesräte, sich auf die ihnen zugewiesenen Plätze zu setzen.

Folgende Anträge wurden eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Landtagsabgeordneten Siegfried Ussar, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Ussar: Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Wabl und Mag. Edith Zitz, betreffend ennsnahe Trasse.

Da dieser Antrag nur von zwei Abgeordneten unterfertigt ist, ersuche ich den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage. Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Abg. Ussar: Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Wabl und Mag. Edith Zitz, betreffend Stadt- und Regionalbahn für den Großraum Graz.

Da dieser Antrag nur von zwei Abgeordneten unterfertigt ist, ersuche ich den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage. Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Abg. Ussar: Antrag der Abgeordneten Heibl, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Herrmann, Huber, Korp, Kröpfl, Günter Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend eine „Bauinitiative Steiermark“.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich teile dem Hohen Haus mit, daß gemäß Paragraph 8a Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sich die Landtagsklubs der fünf Fraktionen konstituiert und mir schriftlich mitgeteilt haben.

Alle namens der ÖVP gewählten Abgeordneten gehören diesem Klub an. Gleichzeitig wurden folgende Funktionäre bekanntgegeben:

Obmann des ÖVP-Landtagsklubs ist Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, geschäftsführender Klubobmann ist Landtagsabgeordneter Hermann Schützenhöfer, Stellvertreter sind Landtagsabgeordneter Reinhold Purr und Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer.

Alle namens der SPÖ gewählten Abgeordneten gehören diesem Klub an. Gleichzeitig wurden folgende Funktionäre bekanntgegeben:

Klubobmann der SPÖ ist Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, geschäftsführender Klubobmann ist Landtagsabgeordneter Dr. Kurt Flecker, und die stellvertretenden geschäftsführenden Klubobmänner sind Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro und Landtagsabgeordneter Karlheinz Vollmann.

Alle namens der FPÖ gewählten Abgeordneten gehören diesem Klub an. Gleichzeitig wurden folgende Funktionäre bekanntgegeben:

Klubobmann ist Dritter Landtagspräsident Dipl.-Ing. German Vesko, geschäftsführende Klubobfrau Mag. Magda Bleckmann, und Klubobmannstellvertreter sind Landtagsabgeordneter Ing. Herbert Peinhaupt und Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura.

Die namens des Liberalen Forums gewählten Abgeordneten gehören diesem Klub an. Gleichzeitig wurden folgende Funktionäre bekanntgegeben:

Klubobmann ist Landtagsabgeordneter Dr. Christian Brünner, und seine Stellvertreterin ist Landtagsabgeordnete Margit Keshmiri.

Die namens der Grünen – Die Grüne Alternative Steiermark gewählten Abgeordneten gehören diesem Klub an. Gleichzeitig wurden folgende Funktionäre bekanntgegeben:

Klubobmann ist Landtagsabgeordneter Dr. Martin Wabl, und Klubobmannstellvertreterin ist Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist beendet.

(Ende der Sitzung: 15.26 Uhr.)